



**Protokoll der Sitzung des Kantonsrats
vom 1. Juli 2022**

Vorsitz:

Eröffnung durch den abtretenden Kantonsratspräsidenten Christoph von Rotz und nach der Neuwahl Kantonsratspräsidentin Regula Gerig-Bucher.

Teilnehmende:

55 Mitglieder des Kantonsrats;
5 Mitglieder des Regierungsrats und Landschreiberin.

Protokollführung und Sekretariat:

Beat Hug, Ratssekretär;
Angelika Zberg, Sekretärin.

Ort und Zeit:

Rathaus Sarnen, 08.50 bis 12.18 Uhr.

Geschäftsliste

I.	Eröffnung, Wahlerwahrung sowie Amtseid und Amtsgelübde.	2	9.	13.22.22 Wahl der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) und des Präsidiums auf vier Jahre.	6
1.	Eröffnung durch den abtretenden Ratspräsidenten Christoph von Rotz, Sarnen.	2	10.	13.22.31 Wahl der Rechtspflegekommission (RPK) und des Präsidiums auf vier Jahre.	8
2.	11.22.02 Erwahrung der Gesamterneuerungswahlen von Kantonsrat und Regierungsrat.	2	11.	13.22.41 Wahl der Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen (KSPA) und des Präsidiums auf vier Jahre.	8
3.	13.22.11 Wahl der Ratspräsidentin auf ein Jahr.	2	12.	13.22.51 Wahl der Redaktionskommission und des Präsidiums auf vier Jahre.	8
4.	12.22.02 Vereidigung Eid/Gelübde der neuen Ratspräsidentin.	2	13.	13.22.61 Wahl des Ratssekretärs auf vier Jahre.	8
5.	12.22.02 Vereidigung Eid/Gelübde der Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats.	4	14.	14.22.11 Wahl des Landammanns auf ein Jahr.	8
II.	Wahlen	4	15.	14.22.21 Wahl des Landstatthalters auf ein Jahr.	9
6.	13.22.12 Wahl des Vizepräsidenten auf ein Jahr.	4	16.	14.22.31 Wahl der Landschreiberin auf vier Jahre.	9
7.	Wahl der übrigen Mitglieder der Ratsleitung auf ein Jahr.	4	17.	14.22.41 Wahl der kantonalen Einbürgerungskommission und des Präsidiums auf vier Jahre	9
8.1.	13.22.13 Wahl des/der ersten Stimmenzählers/Stimmenzählerin.	4	18.	15.22.51 Wahl der Staatsanwaltschaft auf vier Jahre.	10
8.2.	13.22.14 Wahl des/der zweiten Stimmenzählers/Stimmenzählerin.	4	19.	15.22.61 Wahl des Oberstaatsanwalts und des stellvertretenden Oberstaatsanwalts.	10
8.3.	13.22.15 Wahl des/der dritten Stimmenzählers/Stimmenzählerin (geheim).	4	20.	15.22.71 Wahl der Jugendanwältin auf vier Jahre.	10
			21.	15.22.81 Wahl der kantonalen Steuerrekurskommission und des Präsidiums auf vier Jahre.	10
			III.	Parlamentarische Vorstösse	10
			22.	52.22.02 Motion betreffend Schaffung einer Public-Private-Partnership im Energie- und Klimabereich.	10
			23.	52.22.04 Motion betreffend Aufwandschätzung der Verwaltung bei parlamentarischen Vorstössen.	14
			24.	54.22.07 Interpellation betreffend Auswirkungen – Referendum Objektkredit Sanierung und Erweiterung der Psychiatrie Sarnen.	19

I. Eröffnung, Wahlerwahrung sowie Amtseid und Amtsgelübde.

Eröffnung durch den abtretenden Ratspräsidenten Christoph von Rotz, Sarnen.

Nach dem gemeinsamen Gottesdienst eröffnet der abtretende Kantonsratspräsident Christoph von Rotz, Sarnen, die Sitzung.

Abtretender Ratspräsident von Rotz Christoph, Sarnen (SVP): Ich begrüsse Sie zur konstituierenden Sitzung für die Legislatur 2022 bis 2026. Ich darf antreten als abtretender Kantonsratspräsident und zugleich als amtsältestes Mitglied und darf die neue Legislatur eröffnen. Dies ist für mich schon der fünfte Start in eine Legislatur. Dieses Mal ist dieser geprägt durch die geopolitische, unsichere Lage und einem Virus, welcher zum Jahresende wieder heraufbeschworen wird. Wir können leider beides nicht stark beeinflussen.

Im kommenden Winter wird uns die Energieversorgung sehr stark beschäftigen. Das ist ein weiteres grosses Problem, welches wir in der Agenda haben. Die Probleme mit der Energieversorgung werden unweigerlich viele weitere Folgesorgen haben. Nur schon bei der Energie und Ernährung vom Import abhängig zu sein, wird unsere Gesellschaft stark herausfordern. Auch im Kanton Obwalden stehen für die neue Legislatur grosse Projekte an. Auch wenn der Kanton Obwalden finanziell sehr gut dasteht. Ich fordere Sie jetzt schon auf, gehen Sie mit unseren Ressourcen nach wie vor sehr haushälterisch um. Diese Aufgabe geht der Regierungsrat mit einem und mit zwei fraktionslosen Mitgliedern an. Das Parlament startet die neue Legislatur mit nicht weniger als 14 neuen Gesichtern – also ein Viertel des Kantonsrats – eine neue Partei und vier fraktionslose Mitglieder. Ich wünsche uns, dass wir mit der neuen speziellen Zusammensetzung, die richtige Politik für unsere Bevölkerung und unseren Kanton machen können.

371 Tage, sogar mehr als ein Jahr, durfte ich das Amt als höchster Obwaldner innehaben. Heute darf ich wieder in der hintersten Reihe platznehmen und anstelle der Worterteilung das Wort beantragen.

Mitteilung

Albert Imfeld-Krummenacher, Alpnach, geboren 16. Mai 1936, ist am 10. Juni 2022 verstorben. Albert Imfeld war von 1986 bis 1995 für die CSP-Fraktion im Kantonsrat und hat 1991/1992 den Kantonsrat präsidiert. Die anwesenden Personen erheben sich für eine Gedenkminute.

Traktandenliste

Die Einladung und Traktandenliste sind rechtzeitig zugestellt und veröffentlicht worden.

Der Traktandenliste wird nicht opponiert.

Fraktionspräsidien

Die Fraktionen haben sich wie folgt konstituiert:

- CVP/GPL-Mitte-Fraktion, Marcel Jöri (bisher)
- SVP-Fraktion, Ivo Herzog (bisher)
- FDP-Fraktion, Roland Kurz (bisher)
- SP-Fraktion, Peter Lötscher (neu)

11.22.02

Erwahrung der Gesamterneuerungswahlen von Kantonsrat und Regierungsrat.

Dem Ergebnis der Gesamterneuerungswahlen wird nicht opponiert. Das Ergebnis ist somit erwahrt.

13.22.11

Wahl der Ratspräsidentin auf ein Jahr.

Provisorische Konstituierung:

Abtretender Ratspräsident von Rotz Christoph, Sarnen (SVP): Nach Art. 2 des Kantonsratsgesetzes (KRG) bestimmt der Vorsitzende vor der Konstituierung zuerst zwei Mitglieder als provisorische Stimmzählerinnen oder Stimmzähler. Diese bilden zusammen mit dem Ratssekretär bis zur vollständigen Konstituierung der Ratsleitung das Wahlbüro.

Als provisorische Stimmzähler werden Kantonsrätin Eva Morger, Sachseln, und Kantonsrätin Helen Keiser-Fürrer, Sarnen, bestimmt.

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Kantonsrätin Regula Gerig-Bucher, Alpnach, als Kantonsratspräsidentin des Amtsjahres 2022/2023 gewählt.

Abtretender Ratspräsident von Rotz Christoph, Sarnen (SVP): Ich gratuliere Kantonsrätin Regula Gerig-Bucher, Alpnach, ganz herzlich zur Wahl und zu diesem ehrenvollen Amt. (Applaus)

12.22.02

Vereidigung Eid/Gelübde der neuen Ratspräsidentin.

Die neugewählte Kantonsratspräsidentin Regula Gerig-Bucher, leistet den Eid/Gelübde. Der abtretende Kantonsratspräsident Christoph von Rotz gratuliert der

neuen Ratspräsidentin Regula Gerig-Bucher zur Wahl und übergibt ihr den Ratsvorsitz.

Ratspräsidentin Gerig-Bucher Regula, Alpnach (CSP): Als erstes nehme ich den Schlüssel, den ich von Felix Koch in der Messe erhalten habe und lege ihn auf mein Pult.

Ich habe mir im Vorfeld überlegt, was ich mitnehmen soll. Meine Vorgängerinnen und Vorgänger haben immer etwas dabei gehabt. Ich fand, dass nicht immer etwas auf dem Pult liegen müsse. Mit den Guten Wünschen von Felix Koch und verbunden mit Regierungsrat Christian Schäli, als er Landammann war mit den Schlüssel-Schloss-Prinzip, ist es für die CSP ein gutes Zeichen, wenn der Schlüssel auf dem Pult ist.

Das Amt als Kantonsratspräsidentin ist für mich eine grosse Ehre. Ich danke Ihnen für die Wahl und Ihr Vertrauen. Im Jubiläumsjahr von 50 Jahre Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene, darf ich nach Monika Brunner als zweite Kantonsratspräsidentin von Alpnach dem Kantonsrat vorstehen und nach aussen vertreten. Ab heute sitzen neben 45 Männern gerade noch 10 Frauen im Kantonsparlament. Nach den Wahlen vom letzten März ist es mir wichtig, mein Amtsjahr zu nutzen, um Frauen zu motivieren sich politisch zu engagieren und sichtbar zu werden. Wir brauchen die Stimmen der Frauen und der Männer zur Lösungssuche. Ziehen wir gemeinsam an einem Strick. Viele Menschen haben mich unterstützt, dass ich heute als Ratspräsidentin vor Ihnen stehe.

Als erstes geht mein Dank an meinen Mann Melchior und unsere beiden Kinder Jonas und Lena mit ihren Partnern. Ich danke meinen Eltern, dass sie mich gelehrt haben, sich zu engagieren, politisch zu denken und zur eigenen Meinung zu stehen. Ich danke meinen aktuellen und ehemaligen CSP Kolleginnen und Kollegen im Kantonsrat und der ganzen CSP Obwalden. Es ist für mich sehr bereichernd, gemeinsam zu politisieren und nach Lösungen zu suchen.

Ich bedaure es sehr, dass wir von einer Fraktion zu einer Vierergruppe geworden sind. Das ist eine der grossen Herausforderungen für uns CSP-Vertretende im Kantonsrat, der wir uns engagiert stellen werden. Ich bin überzeugt, wir haben insbesondere auch mit unserem Vorstoss für eine Trennung des Gesundheitsamtes vom Finanzdepartement wichtige Impulse an den Regierungsrat gegeben, die von ihnen aufgenommen wurden und jetzt umgesetzt werden. Ich danke der Gemeinde Alpnach und allen Wählerinnen und Wählern für ihre Unterstützung.

Für die heutige Eröffnungsandacht in der Dorfkappelle danke ich Felix Koch ganz herzlich für seine besinnlichen Worte, und dem Akkordeonduo Pia Rubi und meiner Schwester Sabine Müller für die stimmige musikalische Begleitung.

Für den gut funktionierenden Kantonsratsbetrieb danke ich Ratssekretär Beat Hug, der Protokollführerin Angelika Zberg sowie der Landweibelin Hanna Mäder. Und ich danke auch den Medienschaffenden – denn ihre Aufgabe ist wichtiger denn je.

Als ich 2014 zum ersten Mal als neugewählte Kantonsrätin das Rathaus betrat, war ich sehr beeindruckt. Die vielen Porträts der wichtigen Obwaldner Männer – angefangen mit Bruder Klaus, unserem ersten Bundesrat Ludwig von Moos und den Landammännern aus vergangenen Jahren. Hinter den meisten dieser bedeutenden Politiker standen Frauen, die ihnen den Rücken freigehalten haben. Und sicher haben diese Frauen mit ihren Männern auch manchmal am Küchentisch politisiert. Diese Frauen wirkten im Hintergrund. In Obwalden hatte die Einführung des Frauenstimmrechts einen schweren Stand – und dies nicht nur bei den Männern. In meinem Geburtsjahr 1970 wurde in Sachseln als erste Gemeinde von Obwalden und der ganzen Zentralschweiz das passive Wahlrecht eingeführt, als erste Vorstufe. Zwei Jahre später folgte das Stimm- und Wahlrecht im Kanton. Als letzte Gemeinde führte meine Heimatgemeinde Kerns 1980 das Stimm- und Wahlrecht für Frauen auf Gemeindeebene ein.

1973 wurde Rosa Häcki aus Engelberg als erste Frau in den Kantonsrat gewählt. 1989 wurde Trudy Abächerli-Wallimann, Giswil zur ersten Kantonsratspräsidentin gewählt.

Im Jubiläumsjahr von 50 Jahre Frauenstimmrecht bin ich nun erst die neunte Frau, die dieses Amt ausführen wird. Im Moment bin ich in der Ratsleitung die einzige Frau, es wird daher wieder längere Zeit dauern bis zur zehnten Kantonsratspräsidentin. Ein Grund mehr für uns Frauen zu motivieren, mitzureden, mitzumischen und sich in der Politik zu engagieren.

Ich will mich in diesem Jahr speziell für die Frauen engagieren. Da ich aus Alpnach die einzige Frauenvertretung bin, von doch neun Kantonsratsmandaten, ist es mir wichtig, Zeichen zu setzen. Ich habe mich entgegen den inoffiziellen Vorgaben für zwei Frauen als provisorische Stimmzählerinnen aus anderen Gemeinden entschieden. Ich würde mich auch sehr freuen, wenn wir in diesem Jahr speziell viele Frauen als Zuschauerinnen an den Kantonsratssitzungen begrüssen dürfen. Ich werde dazu auch die Frauenvereine im Kanton speziell anschreiben.

Es ist ein Wunsch und eine Vision von mir, zum Tag der Frau im März 2023 im Kantonsratssaal eine reine Frauensession abzuhalten. Es ist in meinem politischen Verständnis wichtig, dass sich alle ins politische Geschehen einbringen können und sich alle gemeinsam für ein lebenswertes Obwalden einsetzen und dazu am gleichen Strick ziehen. Neben Strick als Seil gibt es im Hausbau den Ausdruck Strick als Bauweise. Dort halten Stricke ganze Gebäude zusammen. Sie halten viel Zug

und Druck aus. Stricke als Seile halten aber auch uns Menschen. Wir vertrauen ihnen unser Leben an. Seile, gedreht, geflochten, gewebt oder gewirkt aus textilen Fasern, sind eines der faszinierendsten Produkte der textilen Welt. Gemeinsam am gleichen Strick ziehen, ist auch ein gutes Bild für Frauenförderung und die Politik. Bei politischen Entscheiden ziehen wir für unsere Meinungsbildung zuerst das Seil auf die eine und dann die andere Seite. Seilziehen braucht ein hohes Mass an mentaler und körperlicher Stärke und Ausdauer. Dieses ziehen und diskutieren, manchmal auch streiten, ist für mich ein wichtiger Teil der politischen Arbeit. Es braucht grosse Offenheit und Weitsicht und neben der eigenen Meinungsäusserung auch die Fähigkeit, zuzuhören. Dieser politische Prozess ist wichtig und braucht seine Zeit. Bei einfachen Entscheidungen soll das Seilziehen möglichst kurz und klar sein, damit die Umsetzung auch zeitnah angegangen wird. Es braucht das Engagement für die Sache von Frauen und Männer. Das Ziel am Schluss soll sein, dass sich alle auf einen Kompromiss einigen und gemeinsam an einem Strick ziehen, zum Wohl unserer Obwaldnerinnen und Obwaldner. In diesem Sinn bin ich der Meinung: packen wir das neue Amtsjahr an und ziehen wir gemeinsam am gleichen Strick.

12.22.02 Vereidigung Eid/Gelübde der Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats.

Die Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats leisten den Eid, beziehungsweise das Gelübde. (Abnahme durch die neuen Ratspräsidentin)

Traktandenliste

Die erste Sitzung der Amtsdauer wurde gemäss Artikel 2 Kantonsratsgesetz ordnungsgemäss vom Regierungsrat einberufen. Die Einladung und Traktandenliste wurden rechtzeitig zugestellt und veröffentlicht.

Der Traktandenliste wird nicht opponiert.

II. Wahlen

13.22.12 Wahl des Vizepräsidenten auf ein Jahr.

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Kantonsrat Dominik Rohrer, Sachseln, als Kantonsratsvizepräsident des Amtsjahrs 2022/2023 auf ein Jahr gewählt.

Wahl der übrigen Mitglieder der Ratsleitung auf ein Jahr

13.22.13 Wahl des/der ersten Stimmzählers/Stimmzählerin.

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Kantonsrat Andreas Gasser, Lungern, als erster Stimmzähler auf ein Jahr gewählt.

13.22.14 Wahl des/der zweiten Stimmzählers/Stimmzählern.

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Kantonsrat Hubert Schumacher, Sarnen, als zweiter Stimmzähler auf ein Jahr gewählt.

13.22.15 Wahl des/der dritten Stimmzähler /Stimmzählerin (geheim).

Die Wahl findet nach Art. 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung (GO) wegen der erstmaligen Einsitznahme in die Ratsleitung im geheimen Verfahren statt. Vorgeschlagen sind gemäss den schriftlichen Wahlanträgen Kantonsrat Daniel Blättler, Kerns, und Kantonsrat Dominik Imfeld, Sarnen.

Die vorgeschlagenen Kantonsratsmitglieder verlassen den Saal.

Herzog Ivo, Alpnach (SVP): Die SVP-Fraktion präsentiert Ihnen heute den Nachfolgevorschlag für unseren ordentlichen Ratsleitungssitz. Bekanntlich ist unser Altkantonsratspräsident Christoph von Rotz reglementsgemäss aus dem Gremium ausgeschieden.

Mit dem Kantonsrat Daniel Blättler haben wir eine sehr gute Kandidatur für das verantwortungsvolle Ratsleitungs- und später folgende Ehrenamt des Kantonsratspräsidenten. Der 45-jährige Daniel Blättler, verheiratet und Vater von zwei Jugendlichen, hat eine sehr langjährige Polit- und Exekutivfahrung, wie nur wenig Leute im Saal. Vor seiner Kantonsratsstätigkeit war Daniel Blättler 15 Jahre lang im Gemeinderat Kerns. Durch seine umsichtige sachliche Art hat er weit über die Parteigrenzen hinaus breite Anerkennung erhalten. Hauptberuflich ist Daniel Blättler Geschäftsführer des Bauernverbands Ob-, Nidwalden und Uri. Er bekleidet noch diverse Zusatzämter und verschiedene öffentliche

Tätigkeiten wie zum Beispiel Feuerwehr oder Fleischhais Obwalden AG.

Landwirtschaft ist natürlich auch ein wichtiges Stichwort. Es wäre wieder einmal an der Zeit, dieser seit je stark verankerten Berufsgilde in Obwalden die Ehre zu erweisen. Mit der Wahl vom Daniel Blättler würden wir so auch die Wertschätzung dem Bauernstand gegenüber wieder einmal nach vielen Jahren entgegenbringen.

Mit Blick auf den Gegenkandidaten ist natürlich auch die regionale Herkunft ein Argument für Daniel Blättler. Dass Kerns im Fall seiner Wahl wieder einmal voraussichtlich 2027 das Kantonsratspräsidium stellen dürfte, wäre auch regionalpolitisch eine faire Sache. Sarnen hat doch sehr häufig das Präsidium stellen dürfen. Und mit dem zweiten Stimmezähler Hubert Schumacher ist auch ein Mitglied aus Sarnen bereits schon wieder im Vorlauf.

Jetzt kommen wir aber zum politisch Essenziellen der heutigen Wahl: Die Obwaldner Wählerinnen und Wähler haben im vergangenen Frühling der SVP 27 062 Listenstimmen abgegeben. Die CVP-Mitte ist mit rund 400 Stimmen weniger nicht weit weg. Aber, das schleckt definitiv keine Geiss weg, die SVP-Kandidaten haben kumuliert am meisten Wählerstimmen in unserem Kanton erhalten. Verwundert und befremdend registriert man aber trotz Proporzsystem, dass die SVP jetzt nur 13 Sitze gegenüber 19 CVP-Mitte Sitze hat. Ja, da fragt man sich, ist unser Wahlsystem wirklich noch zeitgemäss? Bildet dies tatsächlich mit seinen Listenverbindungsgeschichten und dem Herumtaktieren noch den Volkswillen ab?

Oder auch die CSP will ich erwähnen, welche vom Wähleranteil her klar Fraktionsstärke hätte. Aber nein, die CSP ist keine Fraktion mehr. Mittlerweile sind somit von fünf Regierungsräten zwei fraktionslos, die Kantonsratspräsidentin ist fraktionslos und die SP und die GLP sind nach Ihren Wähleranteilen auch klar untervertreten. Das ist doch wirklich mehr als nur kurios.

Noch extremer sieht es bei den künftigen Kommissionsitzverteilungen aus. Da hat zum Beispiel meine Partei praktisch immer nur halb so viele Sitze wie die CVP-Mitte. Und dies bei mehr Wählerstimmen?

Als aufrechte Demokraten hat aber die SVP-Fraktion selbstverständlich das Resultat nach geltendem Wahlrecht akzeptiert. Nur muss das System definitiv hinterfragt und überprüft werden. Entsprechen die Sitzverteilungen und die totale Verzerrung wirklich noch dem Wählerwillen? Das ist die Gretchenfrage. Dass dies laut Bundesgericht nicht konform ist, das wissen wir schon seit längerer Zeit. Darum werden wir die Wahlsystemdiskussion ganz sicher zeitnah aufs Tapet bringen und suchen das Gespräch mit den anderen politischen Kräften.

Kräfte, das ist heute das richtige Stichwort. Genau jetzt bei den Ratsleitungswahlen kann eine Parlamentsmehrheit von den anderen Fraktionen die Übervertretung, die klar angestrebte Vormachtstellung und Übervorteilung von der CVP-Mitte im Parlament ganz leicht fein korrigieren. So können wir die politische Kräfteverteilung ausbalancieren und tarieren. Für die anlaufende Legislatur wäre das wahrscheinlich staatspolitisch am besten.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die SVP-Fraktion seit geraumer Zeit der Ratslinken, sprich der SP-Fraktion, einen Ratsleitungssitz geben möchte. Das wäre im nächsten Jahr nach einem Ausscheiden der fraktionslosen Präsidentin definitiv der Fall. Die FDP-Fraktion, welche trotz stattlichem Wähleranteil nicht mehr im Regierungsrat vertreten ist, soll parlamentarisch adäquat in verschiedenen Kommissionspräsidien vertreten bleiben. Und auch die SP-Fraktion soll trotz faktischer Sitzuntervertretung in Kommissionspräsidiumsfragen demokratisch gerecht nach Ihrem Wähleranteil behandelt werden. Das ist gelebte Konkordanz und unsere traditionell eidgenössische Ausbalancierung und Stärke. So würden heute alle einigermassen zufrieden nach Hause gehen, und wir packen die Vierjahresperiode gemeinsam an. Es wäre doch sehr schade, wenn schon am Anfang der Legislatur weit mehr als die Hälfte sich vom Parlament in eine Oppositionsrolle hineingedrückt fühlt. Aber zum Schluss auch eine versöhnliche Geste zur CVP-Mitte: Nach wie vor gilt unser Wort vom letzten Jahr. Nach jahrelangem Kampf haben wir endlich mit dem Sitz vom Kantonsrat Hubert Schumacher den zweiten Ratsleitungssitz erhalten. Diesen Sitz geben wir in vier Jahren bei einigermassen gleichen Wähleranteilen klar wieder zurück an der CVP-Mitte. Das ist gelebte Konkordanz und Fairness. Klar, ehrlich und konsequent ist bei uns nicht einfach ein simpler Slogan, sondern das wird effektiv gelebt.

Sie haben es bei der vorliegenden Wahl in Ihrer Hand, wirklich staatspolitisch und mit einer geschickten Ausbalancierung zu agieren. Hegemoniale Ansprüche haben auf dieser Welt noch nie langfristig gescheiterte Politik hingebracht. Die aktuelle Geopolitik zeigt dies gerade furchtbar schmerzlich.

Unser Kandidat Kantonsrat Daniel Blättler ist unter Berücksichtigung von allen Aspekten heute die ideale Wahl als dritter Stimmezähler. Ich danke für Ihre Unterstützung und Weitsicht.

Jöri Marcel, Alpnach (CVP/GLP-Mitte): Auf die Äusserungen von Kantonsrat Ivo Herzog in Bezug auf die Wahlen möchte ich, wie auch in den Vorjahren, nicht näher darauf eingehen. Wir haben ein Wahlsystem. Vor vier Jahren hat das Pendel nicht zu unseren Gunsten ausgeschlagen. Das hat man akzeptiert. Es ist langsam mühsam, dass man dieses System nicht akzeptieren

kann. Entsprechend der aktuellen Fraktionsgrösse und dem damit verbundenen Wählerauftrag freue ich mich, Ihnen im Namen der CVP/GLP-Mitte-Fraktion Kantonsrat Dominik Imfeld als neues Mitglied in die Ratsleitung vorzuschlagen.

Kantonsrat Dominik Imfeld engagiert sich, seit er im Parlament Einsitz genommen hat, sehr aktiv bei ganz verschiedenen Themen. Seine Voten, wie auch seine parlamentarischen Vorstösse sind sach- und zielorientiert und enthalten dabei immer eine klare Botschaft. Kantonsrat Dominik Imfeld hat für die Mitarbeit in der Ratsleitung auch die erforderliche Zeit und ist bereit, die dafür notwendigen Ressourcen dafür einzusetzen. Das gilt besonders auch für das Präsidialjahr, wenn es dann zumal so weit sein wird. Ein paar Eckdaten von Kantonsrat Dominik Imfeld möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Er ist 35 Jahre jung, verheiratet, und Vater zweier Töchter. Er ist in Sarnen wohnhaft und vor allem ist er sehr gut vernetzt. Er arbeitet bei der SBB in Luzern und ist seit Februar 2022 Leiter Produktmanagement Zugkontrolleinrichtungen. Die sehr verantwortungsvolle Position hat Dominik Imfeld sich auf seinem Bildungsweg erarbeitet. Er absolvierte eine Berufslehre als Geomatiker bei Emch + Berger AG, Sarnen. Anschliessend absolvierte er ein Maschineningenieurstudium an der Hochschule Luzern, Technik und Architektur und hat ein Betriebswirtschaftsstudium mit Vertiefung Finanzen, Controlling an der Hochschule Luzern mit Erfolg abgeschlossen. Er war bei der Thermoplan AG, Weggis, Produktmanager und Projektleiter Forschung und Entwicklung. Im Moment arbeitet er bei der SBB und ist zuständig für die fachliche und personelle Führung vom Engineering im Produktmanagement-Team der Zugkontrolleinrichtungen. Sie sehen, er hat mit seiner Aufgabe bewiesen, dass er im Team führen kann, konsensfähig ist, zuhören kann und Projekte umsetzen kann. Die Position erfordert auch Führungsqualität. Er kann sich dieser Herausforderung erfolgreich stellen.

Im Rahmen der geschlossenen CVP/GLP-Mitte-Fraktion empfehle ich Ihnen einstimmig Kantonsrat Dominik Imfeld in die Ratsleitung zu wählen.

Albert Ambros, Giswil (SP): Als dritten Stimmzähler unterstütze ich den von der SVP-Fraktion vorgeschlagenen Kantonsrat Daniel Blättler. Ich erachte auch einen zweiten Sitz der SVP-Fraktion in der Ratsleitung als gerechtfertigt. Die Begründung, weshalb die SVP-Fraktion einen Anspruch auf einen zweiten Sitz hat, haben wir vom SVP-Fraktionschef ausführlich gehört. Seinen Aussagen kann ich mehrheitlich zustimmen. Ich selber nehme Kantonsrat Daniel Blättler als sehr engagierten Politiker wahr. Ich bin überzeugt dies würde auch in der Ratsleitung so sein.

Ich empfehle Kantonsrat Daniel Blättler als dritten Stimmzähler zu wählen, das ist aber meine persönliche Aussage.

Die SP Fraktion gibt selber keine Empfehlung ab, wir sind in dieser Angelegenheit nicht alle der gleichen Meinung.

Ergebnis der geheimen Wahl:

<i>Ausgeteilte Stimmzettel</i>	53
<i>Eingelangte Stimmzettel</i>	53
<i>Ungültige Stimmzettel</i>	0
<i>Gültige Stimmzettel</i>	53
<i>Absolutes Mehr</i>	27
<i>Leere Stimmzettel</i>	1

Mit 27 Stimmen wird Kantonsrat Daniel Blättler, Kerns (SVP) als dritter Stimmzähler auf ein Jahr gewählt.

Die Ratsleitung ist somit vollständig. Die Neugewählten nehmen ihren Platz ein.

13.22.22

Wahl der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) und des Präsidiums auf vier Jahre.

Ratspräsidentin Gerig-Bucher Regula, Alpnach (CSP): Ich mache auf die Möglichkeit des Art. 51 Geschäftsordnung aufmerksam: «Behörden und Kommissionen werden gesamthaft gewählt, wenn die Gesamtzahl der vorgeschlagenen die Zahl der zu besetzenden Mandate nicht überschreitet und sofern der Rat nicht Einzelwahl beschliesst».

Die Wahl des Präsidiums nehmen wir jeweils in jedem Fall als Einzelwahl vor.

Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Kantonsratsmitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission auf vier Jahre gewählt:

Schumacher Hubert, Sarnen (SVP)
Jöri Marcel, Alpnach (CVP/GLP-Mitte)
Dillier Benno, Alpnach (CVP/GLP-Mitte)
Morger Eva, Sachseln (SP)
Abächerli Peter, Giswil (SVP)
Blättler Daniel, Kerns (SVP)
Hug Martin, Alpnach (FDP)
Haueter Adrian, Sarnen (CVP/GLP-Mitte)
Kurz Roland, Sachseln (FDP)
Kohler Peter, Kerns (CVP/GLP-Mitte)
Vogel Beat, Alpnach (CVP/GLP-Mitte)

Für das Präsidium sind gemäss dem schriftlichen Wahlvorschlag vorgeschlagen:

Hug Martin, Alpnach (FDP)
Jöri Marcel, Alpnach (CVP/GLP-Mitte)

Die Vorgeschlagenen verlassen den Kantonsratssaal.

Wallimann Reto, Alpnach (FDP): gemäss Wahlvorschlag empfiehlt die FDP-Fraktion Kantonsrat Martin Hug für das Amt des Präsidenten der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK). In der Person von Martin Hug stellen wir eine Person zur Wahl, welche für das Amt des GRPK-Präsidenten bestens geeignet ist. Kantonsrat Martin Hug arbeitete bereits für verschiedene Finanzinstitute in den Bereichen Finanzierung und Public Finance. Aktuell ist er bei der UBS Sarnen in einem 60 Prozent-Pensum als Prokurist und stellvertretender Geschäftsleiter tätig.

Neben seinen Tätigkeiten im Bereich Finanzen arbeitet Kantonsrat Martin Hug als selbständig Erwerbender auf seinem eigenen Landwirtschaftsbetrieb mit Mutterkuhhaltung in Alpnach. Die Kombination dieser verschiedenen Tätigkeiten bringt ein breites Spektrum an Erfahrungen mit sich und ist sicher auch ein guter Rucksack für das Amt des GRPK-Präsidenten.

Darüber hinaus hat er auch während insgesamt neun Jahren für die Verwaltung im Kanton Obwalden und auch im Kanton Nidwalden gearbeitet. Er kennt somit auch die Strukturen und Abläufe innerhalb dieser beiden Kantone bestens.

Kantonsrat Martin Hug gehört seit 2020 dem Kantonsrat an und hat sich in verschiedensten Kommissionen bereits stark eingebracht. Nach dem Rücktritt von André Windlin im letzten Jahr hat Kantonsrat Martin Hug diesen Sitz für die FDP-Fraktion in der GRPK übernommen und sich in der GRPK-Delegation für das Sicherheits- und Justizdepartement (SJD) (heute: Sicherheits- und Sozialdepartement [SSD]) in der Kommission rasch und sehr gut eingearbeitet.

Privat ist Kantonsrat Martin Hug sportlich unterwegs und in diversen Vereinen und Organisationen aus Kultur, Sport und Landwirtschaft engagiert. In der Freizeit verbringt er nebst dem Sport seine Zeit am liebsten mit seiner Partnerin und der Familie.

Aus meiner Sicht ist Kantonsrat Martin Hug der beste Kandidat für das Amt des GRPK-Präsidenten, geben Sie ihm Ihre Stimme.

Rohrer Dominik, Sachseln (CVP/GLP-Mitte): Wir sind in der glücklichen Situation, dass wir auswählen können. Bei anderen wichtigen Ämtern muss man froh sein, dass jemand bereit ist dieses auszuführen.

Ich schlage Ihnen aus Überzeugung Kantonsrat Marcel Jöri vor. Er ist seit 2014 im Kantonsrat und seit 2016 in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK). In diesen sechs Jahren in der GRPK hat er in zwei Delegationen von Departementen mitgearbeitet. Er kennt die laufenden Geschäfte der GRPK bestens. Ich verrate Ihnen kein Kommissionsgeheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass sich Kantonsrat Marcel Jöri in den

letzten Jahren für die wichtigen Dossiers mit grossem Einsatz und erfolgreich eingesetzt hat. Kantonsrat Marcel Jöri hat eine grosse Erfahrung, sei es politisch oder als Mitarbeiter eines weltweit tätigen Unternehmens. Er ist lösungsorientiert, standfest und er bringt Sachen auf den Punkt.

Herzog Ivo, Alpnach (SVP): Bereits im Votum zur Wahl vom dritten Stimmzähler habe ich die Grundhaltung der SVP-Fraktion erklärt. Wir sind für eine faire Ausbalancierung und Tarierung von den politischen Kräften in unserem Kanton. Aus diesen Überlegungen unterstützt die SVP-Fraktion einstimmig die Kandidatur von Kantonsrat Martin Hug. Jede Fraktion soll ein Präsidium in den ständigen Fraktionen halten. So wäre die konkordante Balance auch in den Präsidiumswahlen für die ständigen Kommissionen gewährleistet.

Wallimann Reto, Alpnach (FDP): Ich durfte selber während einigen Jahren in der GRPK tätig sein und sie ist aus meiner Sicht die wichtigste Kommission unter allen Kommissionen. Sie ist der Sparringspartner des Regierungsrats mit allen Departementen und hat mit diesen somit auch den direktesten und engsten Kontakt. Die Wahl des Kommissionspräsidenten hat für mich demzufolge auch eine entscheidende Bedeutung. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag auf geheime Wahl des Präsidenten der GRPK.

Für die Annahme einer geheimen Wahl nach Art. 46 Geschäftsordnung wird eine Mehrheit von einem Drittel der anwesenden Mitglieder (18 Stimmen) benötigt.

Abstimmung: Mit 22 zu 20 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) wird der Antrag auf eine geheime Wahl angenommen.

Es besteht für den Ratssekretär Beat Hug mit dem Wahlvorschlag von Martin Hug (sein Bruder) explizit kein Ausstandsgrund. Er möchte aber trotzdem für diese geheime Wahl auf die Mitgliedschaft im Wahlbüro verzichten. An seine Stelle komplettiert die stellvertretende Ratssekretärin Nicole Frunz Wallimann das Wahlbüro.

Ergebnis der geheimen Wahl:

<i>Ausgeteilte Stimmzettel</i>	52
<i>Eingelangte Stimmzettel</i>	52
<i>Ungültige Stimmzettel</i>	0
<i>Gültige Stimmzettel</i>	52
<i>Absolutes Mehr</i>	27
<i>Leere Stimmzettel</i>	1

Mit 32 Stimmen wird Kantonsrat Martin Hug, Alpnach (FDP) als Präsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) auf vier Jahre gewählt.

13.22.31**Wahl der Rechtspflegekommission (RPK) und des Präsidiums auf vier Jahre.**

Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Kantonsratsmitglieder in die Rechtspflegekommission auf vier Jahre gewählt:

Gasser Andreas, Lungern (FDP)

Fanger Remo, Sarnen (SVP)

Lötscher Peter, Sarnen (SP)

Wagner-Hersche Veronika, Kerns (CVP/GLP-Mitte)

Herzog Ivo, Alpnach (SVP)

Vogler Niklaus, Lungern (CVP/GLP-Mitte)

Mahler Martin, Engelberg (FDP)

Krummenacher Peter, Sarnen (CVP/GLP-Mitte)

Kurer Frank, Engelberg (CVP/GLP-Mitte)

Als Präsidentin der Rechtspflegekommission wird Kantonsrätin Veronika Wagner-Hersche, Kerns (CVP/GLP-Mitte), auf vier Jahre gewählt.

13.22.41**Wahl der Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen (KSPA) und des Präsidiums auf vier Jahre.**

Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Kantonsratsmitglieder in die Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen auf vier Jahre gewählt:

Seiler Peter, Sarnen (SVP)

Rohrer Dominik, Sachseln (CVP)

Cotter Guido, Sarnen (SP)

Imfeld Dominik, Sarnen (CVP/GLP-Mitte)

Kurz Roland, Sachseln (FDP)

Flück Stefan, Kerns (FDP)

Matter Patrick, Alpnach (CVP/GLP-Mitte)

Wild Peter, Engelberg (SVP)

Brunner Robert, Engelberg (CVP/GLP-Mitte)

Als Präsident der Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen (KSPA) wird Kantonsrat Seiler Peter, Sarnen (SVP), auf vier Jahre gewählt.

13.22.51**Wahl der Redaktionskommission und des Präsidiums auf vier Jahre.**

Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Kantonsratsmitglieder in die Redaktionskommission auf vier Jahre gewählt:

Durrer Marcel, Alpnach (SVP)

Cotter Guido, Sarnen (SP)

Höchli Alex, Engelberg (CVP)

Als Präsidentin der Redaktionskommission wird Kantonsrat Cotter Guido, Sarnen (SP), auf vier Jahre gewählt.

13.22.61**Wahl des Ratssekretärs auf vier Jahre.**

Kantonsrat Martin Hug tritt in den Ausstand (Bruder des Vorgeschlagenen).

Gemäss Wahlvorschlag der Ratsleitung wird Beat Hug, Giswil, auf vier Jahre als Ratssekretär gewählt.

14.22.11**Wahl des Landammanns auf ein Jahr.**

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird der Regierungsrat Amstad Christoph, Sarnen (CVP/GLP-Mitte), Vorsteher des Sicherheits- und Sozialdepartements, auf ein Jahr als Landammann gewählt.

Amstad Christoph, Landammann (CVP/GLP-Mitte):

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Wahl zum Landammann und das damit geschenkte Vertrauen. Es ist für mich eine Ehre und eine grosse Freude, dass ich zum zweiten Mal von Ihnen zum Landammann gewählt wurde. Ich danke allen, die mich auf meinem politischen Weg begleitet und unterstützt haben, vor allem meiner Familie, meiner Partei CVP-Die Mitte Obwalden und vor allem auch meinen engagierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Sicherheits- und Sozialdepartement, genau ab heute heissen wir nämlich so. Ich nehme das Landammannamt sehr gerne an und freue mich auf die kommenden Herausforderungen. Ich gratuliere an dieser Stelle der neu gewählten Kantonsratspräsidentin Regula Gerig-Bucher herzlich und ich wünsche ihr alles Gute, viel Erfolg und das nötige Fingerspitzengefühl in diesem Amt.

Ich habe heute ein Bild mitgebracht. Es ist ein Bild der Schweizer 4 x 100 Meter Frauenstaffel. Dieses Bild begleitet mich seit meinem Amtsantritt vor sechs Jahren und ich konnte es immer wieder als Symbolbild für verschiedene Themen verwenden.

Das Bild symbolisiert für mich eine erfolgreiche Integration. Mujinga Kambundji aus Bern, Sara Atcho aus Lausanne, Salomé Kora aus der Ostschweiz und Ajla Del Ponte aus dem Tessin, vier sympathische junge Frauen aus allen Sprachregionen der Schweiz und alle mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, vereint in einem Team, mit demselben Ziel, erfolgreich zu sein.

Man kann mit dem Bild aber auch aufzeigen, dass der Schweizer Leichtathletikverband langfristig und erfolgreich plant. Die schnellen jungen Frauen haben sich über die Jahre laufend gesteigert und haben im letzten Jahr knapp eine olympische Medaille verpasst, und das in einer Disziplin die total unschweizerisch ist. Aber es zeigt, dass mit einer langfristigen Planung, harter Arbeit, Mut, Engagement und Wille viel möglich ist.

Eine Staffel kann nur erfolgreich sein, wenn alle gut zusammenarbeiten. Verliert jemand den Stab oder macht seine Arbeit nicht, dann ist das ganze Projekt gefährdet oder sogar gescheitert. Was ist als Zuschauer das interessanteste an einem Staffelfahren? Für mich sind es die Übergänge von der einen zur nächsten Läuferin. Diese Übergänge, Schnittstellen oder positiv formuliert Nahtstellen müssen perfekt funktionieren, um ein erfolgreiches Ergebnis zu erzielen. Jede einzelne Läuferin bringt hervorragende Fähigkeiten mit, aber diese nützen nichts, wenn die Übergänge nicht passen. Daher sind diese Übergänge nicht nur das spannendste für den Zuschauer, sondern auch das wichtigste für die Läuferinnen, um erfolgreich zu sein.

Wir alle hier im Kantonsratssaal bringen auch ganz viele, verschiedene Fähigkeiten und Erfahrungen für eine erfolgreiche Staffel mit. Unsere Zusammenarbeit kann aber nur erfolgreich sein, wenn wir in den nächsten Jahren an unseren Schnittstellen / Nahtstellen gemeinsam arbeiten.

Die Person, die den Stab in der Hand hat, steht für einen Augenblick im Mittelpunkt. So bin ich als Landammann als Vertreter des Regierungsrats im Moment im Mittelpunkt, aber es braucht alle die mitarbeiten, auch all jene die das still im Hintergrund machen.

Wir müssen uns alle bewusst sein, wir haben alle den gleichen Auftraggeber. Das ist die Obwaldner Bevölkerung, die uns alle gewählt hat. Die Bevölkerung hat die Erwartung, dass wir uns in ihrem Sinn engagieren und die persönlichen Interessen, oder jene von Interessenverbänden in den Hintergrund stellen.

Wir alle als gewählte Volksvertreter haben den Stab von der Obwaldner Bevölkerung bekommen, er soll deshalb auch symbolisieren, dass wir uns für Land und Leute von Obwalden engagieren.

Wir allen sind Teil von Obwalden und das muss bei unseren Zielen und unserer Arbeit immer im Mittelpunkt stehen:

Obwalden – wo Menschen sich wohl, sicher und zu Hause fühlen;

Obwalden – wo Wirtschaft, Forschung und Bildung einen attraktiven Standort finden;

Obwalden – wo Mut, Selbstvertrauen und Engagement gelebt werden;

Obwalden – wo das Herz der Schweiz pulsiert.

Darum ist mein Landammann Motto auch im Hinblick auf die Langfriststrategie:

«Wir sind Obwalden, stets im Mittelpunkt!».

Ich übergebe gerne der Kantonsratspräsidentin den Stab, welcher unsere Zusammenarbeit symbolisieren soll. Ich wünsche mir, dass wir die Übergänge gemeinsam gut pflegen und so miteinander die Ziele erreichen, weil: «Wir sind Obwalden, stets im Mittelpunkt!».

Ratspräsidentin Gerig-Bucher Regula, Alpnach (CSP): Ich danke Landammann Christoph Amstad für die Zusammenarbeit und freue mich aufs nächste Jahr mit ihm zusammen unterwegs zu sein.

14.22.21

Wahl des Landstatthalters auf ein Jahr.

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird Regierungsrat Josef Hess (parteilos) Vorsteher des Bau- und Raumentwicklungsdepartements (BRD), auf ein Jahr als Landstatthalter gewählt.

14.22.31

Wahl der Landschreiberin auf vier Jahre.

Gemäss Wahlvorschlag des Regierungsrats wird Nicole Frunz Wallimann, Alpnach, auf vier Jahre als Landschreiberin gewählt.

14.22.41

Wahl der kantonalen Einbürgerungskommission und des Präsidiums auf vier Jahre.

Kantonsrat Remo Fanger tritt in den Ausstand (Ehemann von vorgeschlagenem Kommissionsmitglied).

Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen werden folgende Kantonsratsmitglieder in die Einbürgerungskommission auf vier Jahre gewählt:

Amrein Roland, Kerns (CVP/GLP-Mitte)

Brücker-Steiner Heidi, Giswil (CSP)

Brunner Monika, Alpnach (CVP/GLP-Mitte)

Dell'Amore Müller Angela, Alpnach (CVP/GLP-Mitte)

Federer Paul, Sarnen (FDP)

Häfliger-Schmidlin Anna, Sarnen (SP)

Hurschler Gerold, Engelberg (SVP)

Käch Studhalter Esther, Kerns (SP)

Schmid Susann, Alpnach (SVP)

Schünemann-Di Gregorio Katja, Sachseln (FDP)

Fanger-Rast Jessica, Kägiswil (SVP)

Als Präsidentin der kantonalen Einbürgerungskommission wird Monika Brunner, Alpnach (CVP/GLP-Mitte), auf vier Jahre gewählt.

15.22.51 Wahl der Staatsanwaltschaft auf vier Jahre.

Gemäss Wahlvorschlägen der Rechtspflegekommission (RPK) werden folgende Personen in die Staatsanwaltschaft auf vier Jahre gewählt:

Reimann Tobias, Horw

Wieland Christoph, Lungern

Schärli-Felder Rhea-Lara, Luzern

15.22.61 Wahl des Oberstaatsanwalts und des stellvertretenden Oberstaatsanwalts.

Gemäss Wahlvorschlägen der Rechtspflegekommission (RPK) werden folgende Personen gewählt:

Oberstaatsanwalt/Oberjugendanwalt:

Reimann Tobias, Horw

Stellvertretung Oberstaatsanwalt/Stellvertretung Oberjugendanwalt:

Wieland Christoph, Lungern

15.22.71 Wahl der Jugendanwältin auf vier Jahre.

Gemäss Wahlvorschlag der Rechtspflegekommission (RPK) wird folgende Person als Jugendanwältin auf vier Jahre gewählt:

Meuli-Lehni Roswitha, Meggen

15.22.81 Wahl der kantonalen Steuerrekurskommission und des Präsidiums auf vier Jahre.

Kantonsrat Ivo Herzog befindet sich im Ausstand (Bruder wird zur Wahl vorgeschlagen).

Balaban Branko, Sarnen (FDP): Ich erlaube mich zu diesem Vorschlag zwei drei Gedanken zu äussern. Die erste Vorbemerkung: Es geht mir nicht um die Person von Roland Bucher. Ich kann nicht beurteilen, ob er das Präsidium gut ausüben wird oder nicht. Es geht mir um etwas anderes. Wenn man das Gerichtsorganisationsgesetz konsultiert, steht in Art. 6 Abs. 2, dass die Schlichtungsbehörde – Roland Bucher ist Präsident davon – eine Dienststelle des Sicherheits- und Sozialdepartements ist. Das heisst, die Mitglieder und somit auch das Präsidium sind Angestellte der Verwaltung. Man könnte so sagen, Roland Bucher ist ein Teil der Exekutive, der ausführenden Behörde. Wenn man

Art. 10a des Gerichtsorganisationsgesetz anschaut, dann wird dies, wie das die Kantonsratspräsidentin erwähnt hat, die steuerrechtliche Bestimmung noch ergänzen. Die Steuerrekurskommission ist eine sogenannte verwaltungsexterne, verwaltungsunabhängige Rekursinstanz. Wir haben dies in der FDP-Fraktion zusammen diskutiert. Für mich persönlich ist es sehr heikel, wenn wir ein Mitglied, einen Mitarbeiter der Exekutive als Präsident einer Beschwerdeinstanz, das heisst der Legislative, wählen. Es ist auch der Sinn und Zweck, dass man eine verwaltungsunabhängige, verwaltungsexterne Rekursbehörde schafft. Diese soll institutionell von der Verwaltung unabhängig sein. Dies wäre mit der Wahl von Roland Bucher nicht der Fall.

Ich werde keinen Antrag auf Nichtwahl stellen, es ist mir in der Zeit der Publikation des Wahlvorschlags nicht gelungen ein Ersatzmitglied zu finden. Ich habe auch kein Problem mit der Person von Roland Bucher als Präsident. Ich bitte Sie jedoch dies zu berücksichtigen. Sie, die Rechtspflegekommission (RPK), soll bitte beim nächsten Mal diesem Aspekt etwas mehr Rechnung tragen.

Noch einmal: Wir haben Gewaltentrennung mit Exekutive, Legislative und Judikative. Es kann nicht sein, dass Mitarbeitende der Exekutive den Instanzen der Judikative vorstehen.

Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Personen in die Steuerrekurskommission gewählt:

Mitglieder:

Ettlin Erich, Kerns (CVP/GLP-Mitte)

von Flüe Bösiger Esther, Sachseln (CVP/GLP-Mitte)

Berchtold Bernhard, Sarnen (CSP)

Herzog Leander, Alpnach (FDP)

Ersatzmitglieder:

Niederberger Toni, Engelberg (FDP)

Fallegger-Burch Monika, Alpnach (SVP)

Rötheli Max, Sarnen (SP)

Als Präsident wird Roland Bucher, Stans, gewählt.

III. Parlamentarische Vorstösse

52.22.02

Motion betreffend Schaffung einer Public-Private-Partnership im Energie- und Klimabereich.

Eingereicht am 24. März 2022 von Kantonsrat Dominik Imfeld, Sarnen, sowie 22 Mitunterzeichnenden.

Imfeld Dominik, Sarnen (CVP/GLP-Mitte): Zuerst bedanke ich mich beim Regierungsrat für die befürwortende Antwort meiner Motion. Es freut mich, dass auch der Regierungsrat die Bildung einer Public-Private-Partnership im Energie- und Klimabereich positiv beurteilt und das Anliegen grundsätzlich unterstützt.

Dass sich der Regierungsrat durch die Umwandlung in ein Postulat Zeit nehmen will für die effektive Ausgestaltung der Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privaten in Form eines Vereins, kann ich zwar zum Teil nachvollziehen, sehe aber keinen Grund, warum dafür die zwei Jahre, die zur Umsetzung der Motion zur Verfügung stehen, nicht ausreichen sollten. Daher bin ich mit der Umwandlung in ein Postulat nicht einverstanden und bitte Sie an der Motion festzuhalten und diese zu überweisen.

Warum braucht es diese Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privaten – neudeutsch Public-Private-Partnership – denn überhaupt?

Die Energiewende und die Erreichung vom Netto-Null-Ziel kann nur geschafft werden, wenn alle zusammenarbeiten. Um rasch, unkompliziert und pragmatisch vorwärtszumachen, braucht es koordinierte Massnahmen und eine intensive Zusammenarbeit. Dies ist in der Form eines Vereins unkompliziert und effizient machbar. Beispiele, dass diese Form der Zusammenarbeit im Kanton Obwalden funktioniert, sind unter anderem Start-Up Pilatus, Tüftelpark Pilatus, der kürzlich gegründete Verein Sportnetz Obwalden oder sicher allen bestens bekannt, Standortpromotion Obwalden.

Die Zusammenhänge und Auswirkungen der Energie- und Klimakrise sind sehr vielfältig und betreffen uns alle, darum ist der Ansatz, dass der Regierungsrat hier aktiv wird und die Zusammenarbeit aufbaut, absolut legitim. Im Energie- und Klimabereich herrscht nachweislich dringender Handlungsbedarf, und eine bessere und direktere Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand bringt nur Vorteile. Wir alle sind gefordert unseren Beitrag zu leisten, und die Koordination und Unterstützung durch einen Verein bringt einen klaren Mehrwert.

Mit der pragmatischen und innovativen Lösung des Vereins können unkompliziert Gelder vom Bund, Stiftungen und weiteren Quellen eingesetzt und nachhaltige Projekte unterstützt werden. Eine zentrale Anlaufstelle bringt Klarheit und vereinfacht den Zugang zu verschiedenen, bereits bestehenden Angeboten.

Konkret sollen KMU und Landwirtschaftsbetriebe bei Energieeffizienz- und Nachhaltigkeitsmassnahmen beraten und finanziell unterstützt werden. Durch gezielte Förderung von Innovationen und Clean-Tech-Technologien sollen insbesondere Startups, aber auch der ganze Wirtschaftsstandort Obwalden profitieren. Privatpersonen oder Vereine mit Klimaschutz- oder Biodiversitätsideen und -projekten sollen Unterstützung finden,

und Aus- und Weiterbildungen in den Themenfeldern Nachhaltigkeit, Energie und ressourcenschonender Konsum sollen das Verständnis und den Wissenstand der Gesellschaft verbessern.

Für unseren wunderschönen, kleinräumigen Kanton Obwalden ist der Vorschlag ideal. Die Wege sind kurz und durch aktive Zusammenarbeit von Privaten und der Verwaltung können rasch und einfach Lösungen gefunden werden.

Wir können damit schweizweit ein Zeichen setzen und nachhaltige Aktionen und Projekte fördern ohne Vorschriften zu erlassen oder einen Zwang zu generieren. Für mich ist ein sehr wesentlicher Vorteil dieses Konstrukts, dass dadurch niemand gezwungen wird, aktiv zu werden, sondern diejenigen unterstützt werden, die etwas bewegen wollen. So entsteht hoffentlich ein «Drive», der zum Nachahmen animiert. Dies ohne neue Gesetze, Richtlinien oder Verordnungen zu erlassen oder zusätzlich den Verwaltungsapparat zu vergrössern.

Ich habe im Vorfeld zur Eingabe meiner Motion mit über 25 Vertretern von Kanton, Gemeinden, Kantonsunternehmen, Energieexperten, Privatwirtschaft, Startup-Szene und der Hochschule Luzern gesprochen und deren Inputs in den Vorschlag eingearbeitet. Sämtliche Ansprechpartner sind dem Anliegen wohlwollend gestimmt und sind grundsätzlich bereit, mitzuwirken. Somit bin ich überzeugt, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre problemlos die Details geklärt werden können und eine entsprechende Organisation aufgebaut werden kann.

Wer den Entwurf des Energie- und Klimakonzepts schon gelesen hat, weiss, dass es das Engagement von jedem einzelnen braucht und wir hier in Obwalden durchaus Möglichkeiten haben, unseren Teil zur Bremsung der Klimaerwärmung leisten zu können. Packen wir es also an und setzen ein Zeichen für pragmatische und sinnvolle Energie- und Klimapolitik. Ich bin überzeugt, dass wir hier eine Vorbildrolle einnehmen können und selbstbewusst und effizient vorankommen können. Wir alle wissen, dass eine nachhaltige Entwicklung vor allem zu Beginn nicht gratis zu haben ist. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass uns «nichts tun» massiv teurer zu stehen kommen wird. Die vielen Millionen, die wir im Moment in den Hochwasserschutz investieren, werden nur ein Vorgeschmack sein für unsere Kinder und Enkelkinder, wenn wir nicht endlich Gegensteuer geben.

Betreiben wir also Sachpolitik, geben wir also dem Regierungsrat den Auftrag zur Gründung des Vereins, schaffen wir eine Verbindung der Privatwirtschaft, Privatpersonen und der Verwaltung, unterstützen wir lokale, nachhaltige Projekte und stärken wir gleichzeitig die Obwaldner Wirtschaft und machen vorwärts.

Im Namen der nächsten Generationen und der CVP/Mitte-GLP-Fraktion danke ich Ihnen, dass Sie die Überweisung der Motion unterstützen.

Hess Josef, Landstatthalter (parteilos): Wir haben an der heutigen Sitzung gemerkt, dass das Energie- und Klimathema ein sehr bedeutendes Thema ist. Es geht nicht nur darum, mit schöngestigen Absichten den Planeten zu retten, sondern auch um unsere Lebensgrundlagen, und dies hat auch der ehemalige Ratspräsident Christoph von Rotz in seiner Begrüssung erwähnt, es geht auch um Fragen der Versorgungssicherheit.

Das Thema ist in den letzten Wochen und Monaten in den Vordergrund gerückt, woran wir vorher noch nicht daran gedacht hätten. Der Vorredner und Urheber der Motion hat es erwähnt. Wir haben das Energie- und Klimakonzept erarbeitet und in die Vernehmlassung geschickt. Ich bin fast sicher, dass die meisten von Ihnen schon einmal hineingeschaut haben oder dies nächstens noch tun werden. Wenn Sie nach hinten geblättert haben, stellen Sie fest, dass die Umsetzung der Massnahmen, welche wir im Energie- und Klimakonzept vorschlagen, finanzielle und personelle Ressourcen braucht. Ich glaube, man hat auch festgestellt, dass es nicht allein Aufgabe des Staates sein kann, diese Ressourcen aufzubringen. Nicht alles ist Staatsaufgabe. Deshalb ist die Absicht der Motion grundsätzlich zu unterstützen, dass man neue Organisationsformen findet, dass man insbesondere im Rahmen einer Public-Private-Partnership Lösungen finden muss. Der Regierungsrat unterstützt in diesem Sinne die Stossrichtung der Motion. Nach den gesetzlichen Grundlagen haben wir die Möglichkeit. Art. 19 Abs. 3 Staatsverwaltungsgesetz sagt aus, dass man Public-Private-Partnerships schaffen kann. Wie es der Urheber der Motion erwähnt hat, gibt es bereits zahlreiche Beispiele, wo dies bereits erfolgreich umgesetzt wurde.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Nicht um das Thema auf die lange Bank zu schieben, dafür ist der Handlungsbedarf zu gross und das Anliegen zu dringend. Um anzuschauen, ob die vorgeschlagene Form des Vereins und ob der Ausbau im Rahmen der Energiestadtzusammenarbeit wirklich die richtige Form ist, oder ob wir uns noch etwas mehr Spielmöglichkeiten offen behalten sollen. Ungeachtet dessen, wenn der Vorstoss als Postulat überwiesen wird, welchen wir Ihnen selbstverständlich zur Annahme empfehlen, werden wir rasch voranschreiten, um dem Anliegen mit seiner Dringlichkeit gerecht zu werden.

Flück Stefan, Kerns (FDP): Wie meine Vorredner schon erwähnt haben, läuft momentan auch die Vernehmlassung des Energie- und Klimakonzepts. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es wichtig, dass zuerst das

Konzept genehmigt wird, bevor definitiv über Finanzierungsmöglichkeiten beschlossen wird. Im vorgeschlagenen Energie- und Klimakonzept werden von den Autoren keine Aussagen über die Finanzierung gemacht; das ist ein Manko. Eine zu prüfende Möglichkeit ist die Public-Private-Partnership. Aus Sicht der FDP-Fraktion fehlen für eine abschliessende Beurteilung aber noch verschiedene Vorabklärungen. Zum Beispiel stellt sich die Frage, ob und welche Firmen beziehungsweise Wirtschaftszweige aus dem Kanton Obwalden Interesse an einer Partnerschaft haben und wie gross die finanziellen Möglichkeiten von diesen Firmen sind.

In dieser Partnerschaft ist es wichtig, dass der Anteil an Kapital zwischen öffentlichen und privaten Partnern in einem vernünftigen Verhältnis gehalten wird. Es kann nicht sein, dass einzelne Partner, wie der Kanton, unsere Gemeinden oder dem Elektrizitätswerk Obwalden (EWO) den Grossteil des Kapitals zur Verfügung stellen. Weiter gehen wir davon aus, dass mit einer solchen Partnerschaft vor allem grössere Projekte mit einem höheren Kapitalbedarf finanziert werden sollten. Damit wird sichergestellt, dass mit der Investition ein möglichst grosser Effekt für die Erreichung von unseren Energie- und Klimazielen eingehalten wird. Es stellt sich die Frage, ob der Kanton Obwalden für all diese Projekte der ideale Standort ist, und ob genügend Kapital in Obwalden für solche Projekte generiert werden kann. Deshalb schlägt die FDP-Fraktion vor, die Möglichkeit einer überregionalen oder interkantonalen Zusammenarbeit auch noch zu prüfen.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Damit könnten die nötigen Vorabklärungen getroffen werden.

Albert Ambros, Giswil (SP): Die SP-Fraktion begrüsst und unterstützt alle Anstrengungen zur Senkung von Treibhausgasen und der Bekämpfung des Klimawandels.

Wir hoffen, der Regierungsrat und der Kantonsrat unterstützen die von der SP-Fraktion und GLP eingereichte Klimainitiative, um eine zielgerechte Klimapolitik im Kanton zu machen.

Die von der SP-Fraktion im Kantonsrat geforderte Klimastelle wären genau der richtige Ort und die gewünschten Ressourcen gewesen, um die innovativen Forderungen der Motion unter Federführung des Kantons anzugehen. Wir bedauern, dass der Regierungsrat und der Kantonsrat die Schaffung einer Klimafachstelle hochkant abgelehnt haben. Mehrfach wurde erwähnt, dass die Geschäftsstelle Energiestadt Obwalden der ideale Knotenpunkt für alle Anliegen in dieser Art darstellt, da es alle Interessierten zusammenbringt. Die Geschäftsstelle nimmt zu Beginn 2023 ihre Arbeit auf.

Die Anliegen der Motion können einen ersten Meilenstein in der Arbeit der Geschäftsstelle darstellen.

Die SP-Fraktion anerkennt die fehlenden personellen und auch finanziellen Möglichkeiten in der Verwaltung, deshalb unterstützt sie einstimmig die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Schumacher Hubert, Sarnen (SVP): Die Motionäre verlangen die Schaffung einer Geschäftsstelle, angegliedert an die Organisation Energiestädte Obwalden. Damit sollen unter anderem auch eine Steigerung der Energieeffizienz, eine Verbesserung des Klimaschutzes, insbesondere die Reduktion der Treibhausgase, und die Förderung erneuerbarer Energien, insbesondere auch durch gemeinsame Nutzung von nachhaltig erzeugter Energie durch Verbundlösungen erreicht werden. Es gibt Beispiele in diesem Bereich an diesem Standort, welche funktionieren.

Es soll eine Geschäftsstelle geschaffen werden, die eng mit KMUs und Arbeitsstellen zusammenarbeitet, um so die angestrebten Ziele zu erreichen. Es tönt so, als ob es die Ressourcen dafür gar nicht gäbe. Man könnte sagen, das hat der Kanton als Aufgabe selbst zu bestreiten. Wir haben jedoch klar gesagt, dass wir keine zusätzlichen Stellen schaffen.

Auf diese Weise besteht die Gefahr, dass durch die Hintertüre eine Organisation geschaffen wird, welche für ihre Aufgaben auf Gelder der öffentlichen Hand angewiesen ist. Einmal installiert, befürchte ich sehr, dass aus dieser Public-Private-Partnership Weisungen und Regelungen entstehen, die dann quasi über den Verordnungsweg von Verwaltung, Privaten und Gewerbe einzuhalten sind. Man wird vielleicht den Wolf im Schafspelz nicht mehr los. Persönlich bin ich der Meinung, dass wir Vernehmlassungsergebnisse abwarten sollten. Aus heutiger Sicht sind für mich noch zu wenig Details geklärt und der Aufgabenkatalog mit Preisschild ist absolut unklar.

Ich teile die Ansicht des Regierungsrats, dass in dieser Angelegenheit noch einiges zu klären ist und ein Vorpreschen im Sinne der Motionäre heute nicht angezeigt ist. Die Überweisung der Motion kann ich zum heutigen Zeitpunkt nicht unterstützen, jedoch die Überweisung als Postulat, und diese Haltung nimmt auch die SVP-Fraktion ein.

Scheuber Hanspeter, Kerns (CSP): Die CSP hat sich in den letzten Jahren stark für die Belange der Klimapolitik eingesetzt, sei es für die Erhöhung von Fördergeldern für Solarenergie. Wir waren immer an vorderster Front mit dabei und haben unser Interesse an erneuerbaren Energien klar aufgezeigt. Es ist uns wichtig, dass im Klimabereich schnelle und wichtige Schritte umgesetzt werden, damit eine möglichst rasche und nachhaltige CO²- und Methanabsenkung realisiert werden kann.

Es ist uns klar, dass wir thematisch und inhaltlich alles daransetzen müssen, damit erfolgsversprechende Massnahmen umgesetzt werden können. In der Detailberatung haben wir gesehen, dass es einige wichtige und gewichtige Fragestellungen bezüglich der Public-Private-Partnership gibt. Wir haben uns Fragen gestellt über die Vereinsstruktur, über die Finanzierungsmodelle und die Form vom Verein, und die Finanzflüsse innerhalb dieses Konstrukts. Gerne hätten wir darüber mehr und fundiertere Informationen gehabt, um den Entscheid noch besser abzustützen. Gibt es eventuell noch bessere und andere Formen von Umsetzungsstrategien, welche dienlich sind? Die CSP ist ganz klar und einstimmig für die Überweisung als Postulat und möchte gerne von Landstatthalter Josef Hess wissen, in welchem zeitlichen Horizont er die Bearbeitung des Postulats sehen würde, und wie sich die Überweisung als Motion zeitlich unterscheiden würde.

Matter Patrick, Alpnach (CVP/GLP-Mitte): Ich darf heute das erste Mal hier mithören und -arbeiten. Ich staune über zwei Sachen. Man spricht über keine Dringlichkeit und über Preisschilder – das hat man schon 20 Jahre gemacht. Ich frage mich, macht man dies in 20 Jahren auch noch? Ich sehe diese Motion als Möglichkeit, wie ich als Sportler früher, mir ein Ziel zu setzen. Ich sage, wie es in zwei Jahren sein soll, ich frage mich nicht, was ich jetzt kann. Ich frage mich, was braucht es, um dahinzukommen. Ich arbeite jeden Tag an diesem Ziel. Jetzt können wir dies abschwächen, geben es weiter, weil es keine Dringlichkeit hat. Ich habe heute von einem Kantonsrat gehört, dass er auch 30 Millimeter Regen hatte – man spricht von Starkregen und am Schluss vom Tag tut man nichts. Ich bitte Sie die Motion, wie sie ist, weiterzugeben und ausarbeiten zu lassen.

Seiler Peter, Sarnen (SVP): Auch ich habe mehrmals in dieser Motion geblättert und den Inhalt angeschaut. Wir haben es in der Fraktion besprochen und ich hatte auch Kontakt mit dem Urheber der Motion. Es ist vorgeschlagen, ein weiteres Gefäss zu machen, worin man darüber spricht, was man tut oder wo Geld fliessen soll. Ich sehe aber darin keinen konkreten Vorschlag, wie man nur eine Kilowattstunde mehr hat, weder im Sommer noch im Winter, wo es besonders nötig wäre. Wir werden wahrscheinlich schon in diesem Winter merken, was wir politisch angerichtet haben. Ich sage dies hier und werde gerne darauf behaftet, vielleicht in fünf Jahren, vielleicht schon früher oder später. Die Energiestrategie, worüber wir abstimmten – ein demokratisch angenommener Entscheid – das akzeptiere ich so, ist jetzt schon gescheitert. Das werden wir sehen. Nun soll wieder ein Gefäss geschaffen werden, Geld verteilt werden und so weiter. Ich möchte gerne eine

Motion, in welcher konkret steht, wie wir Kilowattstunden generieren können, wie zum Beispiel Speicherlösungen, wo diese sind. Ich möchte keine Eingaben im Parlament, wie man die Probleme lösen kann. Es ist Fünf vor Zwölf und diese Eingaben sollten auf industrieller Ebene kommen. Wir sollten eigentlich bauen und wir sollten eigentlich schon lange bauen. Das Public bei dem Public-Private-Partnership hat kläglich versagt. Allen voran das Bundesamt für Energie und die beiden Vorsteherinnen der letzten Jahre und alle anderen, die hinten nachgelaufen sind und dies geglaubt haben oder nicht. In dieser Situation sind wir jetzt. Und wir möchten hier wieder einmal ein Gremium schaffen und darüber sprechen. Nein, jetzt sollten wir Lösungen haben und Energie haben. Dummerweise kommt noch dieser Herr, welcher uns das Gas nicht mehr liefern möchte. Man geht im Osten betteln, ob man etwas mehr Öl erhalten könnte. Das ist die Situation. Da können wir noch lange sprechen. Kantonsrat Patrick Matter hat schon recht: Ja, es ist dringlich und es ist dringlich, dass wir für den nächsten Winter Energie haben.

Betreffend des Wetters – ich habe mit 16 Jahren die landwirtschaftliche Lehre gemacht und bin nun 38 Jahre alt, das gibt eine Zeit von 22 Jahren, in welcher ich das Wetter beobachtete. Ich arbeite mit dem Wetter und es ist nicht immer lustig. Ich habe das Gefühl, gerade in den vergangenen drei, vier Jahren ist die Landwirtschaft mit dem Wetter sehr gut gefahren. Wir haben eigentlich ideales Wetter. Ich weiss nicht, weshalb alle den Klimawandel sehen und dieser so schlimm ist. Wir haben hier ideales Wetter und ich hatte in den Kulturen noch nie solch ideales Wetter.

Wir müssen jedoch jetzt das Energieproblem lösen und nicht wieder ein Gremium schaffen. Die Public-Private-Partnership als Verein kann man gründen, ich habe gerade letzte Woche einen Verein gegründet. Weshalb muss dies mit einer Motion erfolgen? Der Staat hat schon versagt und Sie müssen selbst aktiv werden und beweisen, dass Sie es können. Im Heizwerk der Korporation arbeiteten wir auch immer mit dem Staat zusammen. Zum Teil sehr erfolgreich, ich erwähne Marcel Imfeld vom Amt für Umwelt, welcher sehr pragmatisch ist. Aber am Strick haben wir (die Korporation) gezogen, wir wussten was wir wollen und haben situativ die staatlichen Stellen miteinbezogen. So muss es laufen und so ist in den letzten 100 Jahren die Energiepolitik betrieben worden. In den letzten 100 Jahren hat niemand von Strommangellage gesprochen. In den 70er Jahren hatte man zwar die Erdölkrise, aber Strom hatten wir die letzten 100 Jahre immer. Im nächsten Winter werden wir es vielleicht das erste Mal erleben, dass der Strom rationiert wird. Wir sprechen hier über ein Gremium, das wieder neu zu schaffen ist.

Die SVP-Fraktion möchte die Motion in ein Postulat umwandeln und wird das Postulat nicht überweisen. Das ist nicht nötig.

Abstimmung: Mit 32 zu 19 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) wird der Umwandlung der Motion betreffend Schaffung einer Public-Private-Partnership im Energie- und Klimabericht in ein Postulat zugestimmt.

Schlussabstimmung: Mit 40 zu 13 Stimmen wird der Motion betreffend Schaffung einer Public-Private-Partnership im Energie- und Klimabereich zugestimmt.

Hess Josef, Landstatthalter (parteilos): Ich möchte noch die offenen Fragen beantworten.

Wir haben noch keinen konkreten Zeitplan aufgestellt. Ich bin der Meinung, dass es in zwei Jahren möglich sein sollte, die entsprechenden Abklärungen zu treffen. Die Idee des Regierungsrats ist nicht nur deshalb Zeit zu gewinnen, um etwas auf die lange Bank zu schieben, sondern um sich wirklich alle Optionen offen zu halten. Diese haben wir nun nach erfolgter Abstimmung.

52.22.04

Motion betreffend Aufwandschätzung der Verwaltung bei parlamentarischen Vorstössen.

Eingereicht am 24. März 2022 von Kantonsrat Branko Balaban, Sarnen, und Kantonsrat Martin Hug, Alpnach, und 13 Mitunterzeichnenden.

Hug Martin, Alpnach (FDP): Als erstes möchte ich der Verwaltung und dem Regierungsrat im Namen der FDP-Fraktion für die Beantwortung der Motion danken. Dann möchte ich Sie bitten auf Seite 2 der Beantwortung der Motion zu blättern. Leider stimmen dort die Zahlen in der Grafik überhaupt nicht überein. Bis und mit ins Jahr 2017/2018 sind sie korrekt.

- In der Tabelle 1 in der Motionsbeantwortung abgebildet sind nicht die eingereichten Vorstösse, sondern die im jeweiligen Amtsjahr behandelten.
- Die im Amtsjahr 2020/2021 ausgewiesenen behandelten Vorstösse sind bereits im Geschäftsbericht 2021 falsch aufgeführt und deshalb falsch in der Motionsbeantwortung übernommen worden. Es waren deren 32 und nicht 26 im Amtsjahr 2020/2021; (letzte Sitzung im Amtsjahr ist nicht mitgezählt worden). Der Fehler wird durch die Staatskanzlei offenbar im nächsten Geschäftsbericht mit Hinweis korrigiert.

In der Betitelung der Tabelle 1 steht, dass das Amtsjahr 2021/2022 ohne die Sitzung vom 19./20. Mai 2022 berücksichtigt wurde. Korrekterweise müsste stehen, dass auch die Kantonsratssitzung vom 24.

März 2022 davor noch nicht berücksichtigt wurde (deshalb 22 behandelte Vorstösse). An den letzten beiden Sitzungen des letzten Amtsjahres wurden aber weitere neun Vorstösse behandelt (die zwei am 25. Juni 2021 und 09. September 2021 eingereichten Anfragen noch nicht mitgezählt); kurzum, es müsste das ganze Amtsjahr 2021/2022 berücksichtigt sein und das sind 31 an den Sitzungen behandelte Vorstösse. Für die Beantwortung der Motion und in Bezug auf das Anliegen hätten wohl besser die eingereichten Vorstösse pro Amtsjahr (inklusive Anfragen) aufgeführt werden müssen, die sich korrekt aus den vergangenen Geschäftsberichten rauslesen lassen: Folglich wäre richtig:

- 2018/2019: 21
- 2019/2020: 18
- 2020/2021: 40
- 2021/2022: 29

Quelle: Staatskanzlei

Dies zeigt nun eine ganz andere Entwicklung der Vorstösse auf. Ich glaube, wären die Zahlen so wie in der Grafik abgebildet, hätten wir keine Motion eingereicht. Ihr Gefühl hat Sie aber kaum getäuscht, dass die vorliegende Grafik nicht stimmen kann und es gefühlt und korrekterweise doch einige Vorstösse mehr waren.

Dass man bei der Budgetierung im Finanzdepartement manchmal etwas danebenhaut, ist doch verständlich, da man ja immer nach dem Vorsichtsprinzip budgetiert und manchmal wirklich schätzen muss. Da es vorliegend aber um eine Statistik geht und wir bereits eine Grafik mit der Einrechnung der Motion mitgeliefert hatten, die der korrekten Lösung viel näher war, ist die Abweichung in der Beantwortung der Motion schon etwas erstaunlich.

Nun zum Inhalt: Das Einreichen von Vorstössen ist ein Recht jedes Parlamentarier und dieses ist unantastbar. Ihnen gilt für Ihr Engagement auch ein grosser Dank. Immer dann, wenn Sie sich für Land und Leute einsetzen, vertreten Sie eine Gruppe von Menschen in diesem Kanton und nehmen eine ganz wichtige Aufgabe wahr. Daher ist dieses Recht auch so grundlegend. Es ist dann auch völlig egal, ob Sie ein Anliegen von links, rechts oder sonst wo vertreten. Natürlich ist es so, dass man die Anliegen, welche einem politisch näher stehen, besser, und die, die etwas weiter weg sind, unnötiger findet. Um dies geht es bei unserer Motion aber nicht. Mit der Zunahme der Vorstösse haben auch die Vorstösse zugenommen, welche nicht im Sinn von Land und Leute eingereicht werden. Wir vermuten dies bei Vorstössen, wo die Antworten schon bekannt sind, der Kanton gar nicht zuständig ist oder zwischenzeitlich zu einer Sache kaum neue Erkenntnisse zum Vorschein gekommen sind. Es geht auch nicht um den Einzelfall und ich möchte ganz sicher nicht auf einen

Einzelnen eingehen, man stellt dies einfach in der zugenommenen Masse klar fest.

Wir diskutierten in der Fraktion, wie man dem begegnen könnte. Ein Gespräch unter den Fraktionschefs oder in der Ratsleitung erachteten wir als zu wenig zielführend. Die parlamentarischen Rechte zu beschneiden, kam überhaupt nicht in Frage. Schliesslich geht es um uns selbst, das Parlament. Von daher sind wir der Meinung, dass es sinnvoll ist, dies mit Ihnen hier zu diskutieren. Wir möchten dem Regierungsrat den Auftrag geben, uns die Arbeitszeit, und wenn es noch ausserordentliche Kosten zu einem Vorstoss gibt, nicht vorzuhalten und regelmässig gleich mit der Beantwortung des Vorstosses mitzuteilen.

Das Letzte was wir wollen ist mehr Bürokratie. Wir bemühten uns deshalb mehrmals in der Motion darauf hinzuweisen, dass dies so einfach wie möglich geschehen soll. Es liegt in der Natur der Sache, dass Vorstösse von verschiedenen Personen beantwortet werden und diese die Zeit vielleicht leicht unterschiedlich rapportieren. Eine Stunde hat aber immer 60 Minuten. Es ist absolut nicht nötig, dass die Vorstösse untereinander vergleichbar sein sollen. Sie sind es inhaltlich schon nicht, ein Anspruch, sie vom Aufwand zu vergleichen, wie es der Regierungsrat schreibt, war nie die Idee. Schon gar nicht braucht es ein Zeiterfassungssystem dafür. Ziel der Motion ist einzig, Ihnen liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte den Aufwand aufzuzeigen, den Sie generieren. Sie sind ja unbestritten auch die Verursacher.

Und da verstehen wir uns schon richtig, wenn Sie sich mit Ihrem Vorstoss für Land und Leute einsetzen, wohl jeder Aufwand gerechtfertigt ist. Tun Sie das nicht, sehen Sie wenigstens was es gekostet hat.

Bezahlen müssen Sie oder Ihre Fraktion diese Summe übrigens nicht. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler machen es gerne für Sie. Und hier gilt wiederum, wenn es für Land und Leute ist, macht man das sicher gerne, für alles andere wird das Verständnis wohl geringer sein.

Wir erwarten keine Wunder, sind aber überzeugt, mit dieser Motion etwas in die richtige Richtung zu bewegen. Ich danke dem Regierungsrat für seine Ehrlichkeit in seinem Fazit: «dass eine gewisse Anzahl der eingereichten parlamentarischen Vorstösse auch mit direkten Anfragen an das zuständige Departement und somit mit erheblich weniger Aufwand hätte beantwortet werden können». Ich denke, das sagt schon sehr viel.

Wahrscheinlich ist es Zeit, dass wir etwas unternehmen. Wenn Sie glauben, dass nach Corona alle Probleme der Welt jetzt gelöst sind und uns die Themen ausgehen werden, muss ich sie enttäuschen. Ab 17. Februar 2022 wurden in der Schweiz fast alle Massnahmen zur Corona-Pandemie aufgehoben. Wie sich die Welt genau sieben Tage später wieder verändert hat und die Folgen daraus, muss ich ihnen nicht mehr erläutern. Ich

glaube auch nicht, dass wir im Bereich der demografischen Entwicklung, des Verkehrs, der Versorgung mit verschiedenen Gütern, des Klimas und der finanziellen Folgen aus all diesen Bereichen und weiterem schon alle Lösungen haben. Themen für Vorstösse hat es also noch reichlich.

Wir selber – das Parlament – haben uns auch verändert. So haben wir eine neue Partei unter uns willkommen geheissen, vier Kantonsräte und schon zwei Regierungsräte sind ohne Fraktion, und wir, die FDP-Fraktion, sind nicht mehr im Regierungsrat vertreten. Das macht alles etwas bunter und vielseitiger, was auch positive Effekte haben kann, hilft aber kaum die Anzahl der Vorstösse nicht weiter ansteigen zu lassen. Da müssen wir alle mit uns selbst etwas diszipliniert sein.

In diesem Sinne sagen sie Ja zu etwas mehr Transparenz, welche Sie und den Kanton nichts kostet, uns aber hilft auf das Wesentliche zu konzentrieren. Sagen Sie Ja zur Überweisung der Motion. Und ganz wichtig: bleiben Sie engagiert für Ihre Sache. Bleiben Sie engagiert für Land und Leute, dafür danke ich Ihnen aufrichtig.

Amstad Christoph, Landammann (CVP/GLP-Mitte): Ich nehme gerne als Landammann zu diesem Thema Stellung. Zuerst entschuldige ich mich für die falsche Grafik auf Seite 2. Motionär Kantonsrat Martin Hug hat bereits erwähnt, dass die Zahlen falsch sind. Es tut uns leid; verschiedenste Fehler haben sich kumuliert. Er hat richtig gesagt, am besten hätte man die eingereichten Vorstösse zusammengezogen. Im Titel der Tabelle wäre es so abgebildet gewesen. Man hatte die behandelten Vorstösse genommen, hat aber die Vorstösse vom März 2022 nicht mitgezählt.

Durchschnittlich wurden jährlich 21 Vorstösse eingereicht. Mit der Berichtigung der Zahlen ändert sich jedoch am Fazit des Regierungsrats nichts.

Ich bedanke mich bei den Motionären für die Einreichung dieses Vorstosses. Es ist ein hervorragender Zeitpunkt am Anfang einer Amtsperiode mit vielen neuen Kantonsrätinnen und Kantonsräten, auf die Thematik hinzuweisen und diese Thematik zu sensibilisieren. In den meisten Punkten ist sich der Regierungsrat mit den Motionären einig. Das hat Kantonsrat Martin Hug vorhin schon erwähnt.

Wir sind der Meinung, dass eine grobe Aufwandschätzung keinen genügenden Nutzen bringt. Eine Deklaration würde niemanden vom Einreichen eines Vorstosses abhalten, der sich nicht schon zuvor über die Kosten Gedanken gemacht hat.

Der Kanton Aargau macht schon seit mehreren Jahren eine grobe Aufwandschätzung. Seit der Einführung im Jahr 2003 haben die Vorstösse jedoch nicht signifikant abgenommen. Es werden im Aargau jährlich 170 bis 200 Vorstösse eingereicht. Beim Bund sind es jährlich 1500 Vorstösse.

Dem Regierungsrat und der Verwaltung wäre viel mehr geholfen, wenn sie vor der Einreichung eines Vorstosses mit der Verwaltung das Gespräch suchen, um uns so in das Thema einzubinden, oder mindestens zu konsultieren, um das Anliegen allfällig noch konkreter und zielführender formulieren zu können. Das gibt uns die Möglichkeit besser, einfacher und mit weniger Aufwand Antwort geben zu können, und die oder der Einreichende eines Vorstosses kann sich nochmals bewusst überlegen, ob ihm die direkte Antwort des Departements genügt, oder ob der Vorstoss trotzdem eingereicht werden soll. Ich glaube, damit wäre uns viel mehr gedient, als den Aufwand eines Vorstosses anzugeben. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass Vorstösse ein wichtiges politisches Instrument sind.

Der demokratische Prozess steht im Vordergrund, nicht der damit verbundene Aufwand, beziehungsweise die Kosten. Ich danke ihnen, dass wir über dieses Thema diskutieren können, und beantrage Ihnen die Motion abzulehnen.

Rohrer Dominik, Sachseln (CVP/GLP-Mitte): An der letzten Gemeindeversammlung in Sachseln wurde bei der Rechnung 2021 die Frage gestellt, ob gewisse Ausgaben evidenzbasiert und wirksam seien. Ich fand dies eine spannende Frage und habe mir gedacht, man könnte es anders formulieren. Wissen die Politiker überhaupt was Sie tun? Dies kam mir in diesem Vorstoss auch wieder in den Sinn. In diesen Vorstoss habe ich hineininterpretiert, dass die These im Raum steht, dass gewisse Politiker zur Profilierung vor den Wahlen Vorstösse einreichen. Ich probierte dies evidenzbasiert zu überprüfen und habe die Wahlergebnisse pro Gemeinde geprüft und bei jenem, welcher am besten gewählt wurde gezählt, wie viele Vorstösse dieser von 2018 bis 2022 einreichte.

Sie werden staunen: drei der sieben Bestgewählten haben keinen einzigen Vorstoss eingereicht. Zwei haben zwei Vorstösse eingereicht, einer hat drei und der Fleisigste von allen hat sechs Vorstösse eingereicht. Wenn ich diese Vorstösse zusammenzähle, gibt dies 13 Vorstösse geteilt durch sieben Gemeinden, dies ergibt im Schnitt 0,9286 Vorstösse in einer Legislatur. Wenn Sie am besten gewählt werden möchten, müssen sie genauso viele Vorstösse einreichen.

Ich hoffe, Sie hören den ironischen Unterton. Nicht alles, was man messen kann, ergibt auch eine sinnvolle Aussage. Es kommt mir hier ähnlich vor. Landammann Christoph Amstad hat die Argumente sehr gut dargelegt, weshalb dieser Vorstoss nicht das Gelbe vom Ei ist. Ich nehme für mich in Anspruch, für einmal eine sehr liberale Haltung zu unterstützen. Ich verlasse mich auf die Eigenverantwortung aller Kantonsräte, dass sie das Kosten-, Nutzenverhältnis gewissenhaft abwägen,

bevor sie einen Vorstoss einreichen und nicht die Verwaltung übermässig belasten.

Deshalb unterstütze ich die Haltung des Regierungsrats, und auch im Namen der CVP-Fraktion sind wir gegen die Überweisung der Motion.

Durrer Marcel, Alpnach (SVP): Die SVP-Fraktion kann dieser Motion folgen. In jedem Betrieb will die Führung auch im Bild über den zeitlichen Aufwand und die auflaufenden Kosten sein. Die Ermittlung dieser Daten soll es mit einem vertretbaren Aufwand wert sein. Wir stehen hinter einem einfachen pragmatischen Vorgehen. Die Erfassung von Aufwand und Kosten im Rahmen einer angemessenen Schätzung soll auf eine einfache Art ermittelt werden. Es ist wichtig, dass man einem demokratischen Prozess keine Steine in den Weg legt. Der Ratsbetrieb darf in keiner Art und Weise behindert werden. Die Transparenz von möglichen Drittkosten ist ein Gradmesser, um die Effizienz bei parlamentarischen Vorstössen vor Augen zu führen. Die Motion wird den Ratsmitgliedern einen Denkanstoss geben, die Notwendigkeit von Vorstössen zu hinterfragen. Von einer Redezeitbeschränkung will ich nicht sprechen, es könnte aber ein Gedanke zur Straffung des Ratsbetriebs sein. Im Namen der vollzähligen SVP-Fraktion werden wir einstimmig dieser Motion unsere Zustimmung geben.

Cotter Guido, Sarnen (SP): Die Motionäre verlangen, dass der Regierungsrat in Zukunft bei der Beantwortung eines Vorstosses den zeitlichen Aufwand und die Kosten abschätzt. Damit soll aufgezeigt werden, dass jeder Auftrag ein Preisschild hat, das ist uns allen klar. Es wurde schon mehrmals gesagt und auch vom Regierungsrat festgehalten, politische parlamentarische Vorstösse sind ein zentrales unantastbares Mittel der parlamentarischen Arbeit. Daran ist auch festzuhalten und in Kauf zu nehmen, wenn nicht jedes Anliegen mit einem Vorstoss hier in den Saal getragen wird. Das ist nach unserer Meinung gerechtfertigt. Wir dachten sicher schon alle im Kantonsrat, dass dieser oder jener Vorstoss nicht nötig gewesen wäre. Die Anzahl der Vorstösse ist relativ hoch und hat in den letzten Jahren noch zugenommen. Noch mehr als in der Antwort des Regierungsrats erwähnt ist. Das haben wir heute gehört, aber es ist nicht exorbitant hoch. Es ist auch klar, dass die Beantwortung eines solchen Vorstosses einen erheblichen Aufwand für die Verwaltung verursacht. Die Ressourcen der Verwaltung sind knapp und wurden durch den Kantonsrat teilweise auch eingeschränkt. Es darf hier auch einmal gesagt werden, dass die Verwaltung und der Regierungsrat die Vorstösse meiner Meinung nach in guter Qualität beantworten. Jede Kantonsrätin oder Kantonsrat muss sich bei jedem Vorstoss überlegen, ob dieser Vorstoss gerechtfertigt ist oder ob es mit einem anderen Mittel, wie zum Beispiel einer

Anfrage in der Verwaltung, erledigt werden könnte. Es liegt in der Verantwortung von uns selbst. Es ist eine Frage der Selbstdisziplin und das ist für die SP-Fraktion das Zentrale. Jede und jeder muss sich bewusst sein, dass ein solcher Vorstoss Arbeit und Kosten verursacht. Ob mit einer Aufwandschätzung Vorstösse reduziert werden könnten, ist mehr als Unklar und die Motionäre schreiben selber auch, dass auch sie nicht daran glauben. All die Aufwandschätzungen und Kostenberechnungen sind mit einem gewissen Aufwand verbunden und da fragen wir uns in der SP-Fraktion, ob sich das überhaupt lohnt. Man kann eine grobe Schätzung machen, aber ob es etwas bringt, daran zweifeln wir, auch ob daraus eine grosse finanzielle Transparenz gegeben wäre. Ein recht grosses Verständnis für die Anliegen der Motionäre haben wir.

Die SP-Fraktion wird die Motion ablehnen, nicht mit grosser Freude, aber das eigentliche Anliegen der Motionäre, dass wir uns einschränken und weniger Vorstösse einreichen sollten, teilen wir voll und ganz.

Balaban Branko, Sarnen (FDP): Kantonsrat Dominik Rohrer hat sich ironisch geäussert. Ich erlaube mir dies auch. Es gibt den Spruch: «Glaube nie einer Statistik, ich sage mal, die du nicht selbst gemacht hast». Ich glaube es geht nicht um einen Wahlvorschlag, oder wie man das Mittel nutzen kann, sondern, dass die Anzahl der Vorstösse sprunghaft angestiegen ist. Wenn dies so weiter geht, müssen wir uns überlegen, wie wir die Ressourcen zur Verfügung stellen können. Alt-Kantonsratspräsident Christoph von Rotz hat auch appelliert, dass wir Sorge zu unseren Ressourcen haben sollen. Ich verstehe die Voten von Kantonsrat Marcel Durrer und Kantonsrat Guido Cotter. Es geht Kantonsrat Martin Hug und mir nicht darum, dass wir das Recht einschränken wollen. Nein, das Recht ist da und wir wollen keine Einschränkung. Wir möchten, wie das Guido Cotter gesagt hat, ein Preisschild. Ich sehe schlicht und einfach nicht ein, welchen Grund es gibt, die Transparenz, die wir von allen verlangen, abzuwehren. Wenn in der Verwaltung etwas los ist, fragen wir immer, wie das Preisschild aussieht, aber wenn es uns selber betrifft, dann ist es nicht so wichtig. Es gibt noch einen anderen Grundsatz, das Verursacherprinzip. Wir als Gesetzgeber führen das Verursacherprinzip nicht nur ein und setzen es um. Wenn der Bürger etwas verursacht, erhält er die Rechnung, das Preisschild. Wenn wir Gebühren verursachen, geht es nicht darum, ob es sinnvoll ist oder nicht. Wir sollen uns doch auch diesem Prinzip beugen und sagen, wir wollen dieses Preisschild.

Ich bin über den Regierungsrat überrascht. Er schwankt ein wenig und teilt mit, dass gewisse Vorstösse nicht notwendig wären. Der Regierungsrat macht uns immer darauf aufmerksam, dass wir beschränkte Ressourcen zur Verfügung haben. Man solle nur das tun, was

notwendig ist. Ich weiss nicht, ob das Preisschild etwas nützen wird oder nicht, aber es ist ein Versuch wert. Ich bin gespannt, vielleicht wird der Regierungsrat einmal mit dem Antrag einer zusätzlichen Stelle kommen, weil zu viele Vorstösse eingereicht werden.

Schauen wir die Motionsbeantwortung des Regierungsrats an. Der Regierungsrat sagt, eine exakte Zeiterfassung sei zu aufwendig. Das wollen wir gar nicht. Der Regierungsrat sagt aber dennoch, dass man dies für gewisse Projekte tut. Der Regierungsrat sagt, dass es Aufwand plus/minus gibt und umreisst den Aufwand. Die Informationen sind meines Erachtens schon da. Der Regierungsrat weiss, wie gross der Aufwand ist. Sie kennen den Verwaltungsbetrieb so gut, dass man sagen könnte es kostet so viel oder so viel. Die Informationen sind da, man müsste bei der Motion in der letzten Zeile nur eine Zahl darauf schreiben. Noch einmal, das Argument mit der korrekten Zeiterfassung ist keines, denn wir wollen dies gar nicht. Im Nachhinein kommt man und sagt, eine grobe Schätzung bringe nichts wegen der Vergleichbarkeit. Wir wollen nicht die Motionen und Vorstösse vergleichen. Es gibt Vorstösse, die brauchen mehr Bearbeitung, weil sie mehr Fleisch am Knochen haben und es gibt Vorstösse, die brauchen weniger. Es geht hier nicht um die Vergleichbarkeit. Wir werden die Vorstösse nicht miteinander vergleichen. Auch dieses Argument kann doch wirklich nicht zählen. Was den Aufwand anbelangt, könnte man ganz einfach tun. Man gibt den Vorstoss der Staatskanzlei ab, dieser wird an ein Departement verteilt und dann im Regierungsrat behandelt. Da muss man doch eine Pauschale machen. Jene Person, welche den Vorstoss behandelt kann doch aufschreiben, für Zusatzkonsultationen mache ich Mal 1,5. Dies braucht ein paar Sekunden. Der Regierungsrat sagt auch, dass der Nutzen nicht gegeben sei. Ich sehe nicht, welchen Nutzen der Regierungsrat anspricht. Man sagt immer, der Nutzen fehlt, aber um welchen es geht, ist völlig offen.

Mit gewisser Freude stelle ich fest, dass auch der Regierungsrat sagt, gewisse Vorstösse wären nicht nötig gewesen.

Welche Ziele haben wir? Wir wollen das Recht der Kantonsrätinnen und Kantonsräte im Zusammenhang mit den Vorstössen nicht beschränken. Es steht nichts in der Motion. Wir wollen einzig Folgendes: Einen sorgfältigen Umgang mit Vorstössen. Kantonsrat Guido Cotter hat gesagt, man müsse etwas in sich gehen. Man müsse sorgfältig sein und überlegen bevor man einen Vorstoss einreiche, man könnte vorgängig das Departement anrufen. Wenn der Vorstoss dann letztlich nicht nötig gewesen wäre und aber Fr. 3800.– darauf steht, dann würde es vielleicht zu einer Disziplinierung führen. Aber ich glaube, das können wir von uns auch erwarten. Vielleicht bringen wir es hin, den Versuch, den Aufwand in Grenzen zu halten. Wir wissen, die Vorstösse

nehmen zu. Wir müssen auch schauen, wo es hinführt. Ich muss Ihnen sagen, es gibt für mich bisher kein Argument, welches dagegenspricht, sondern dass man sagt, es gibt ein Preisschild und das ist die Transparenz des eigenen Tuns. Wir haben ein öffentliches Transparenzprinzip, das tut uns gut, wenn wir wissen, was wir kosten.

Jöri Marcel, Alpnach (CVP/GLP-Mitte): Ich höre hier sehr viel Widersprüche in den Diskussionen. Zum einen haben wir Vorstösse. Wir kennen verschiedene Arten von Vorstössen. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb wir Vorstösse einreichen. Ein Grund ist, dass man zu einem Thema, welches dem Departement eingereicht wird, vielleicht nicht eine gewünschte Antwort erhält. Vielleicht kann man daran erinnern: Covid-Entschädigungen. Unsere Fraktion hat drei dringliche Motionen eingereicht, welche später vom Regierungsrat, bevor wir sie behandeln konnten, übernommen wurden. Es geht auch um das Thema, dass man öffentlich diskutieren möchte, um eine andere Meinungsbildung zu erhalten und dem Regierungsrat zu reflektieren, was es gibt. Wenn wir hier von allgemein sprechen, hören wir auch Aufwandschätzung. Ich habe gehört, es wird deswegen nicht weniger Vorstösse geben. Man will unser Recht nicht beschneiden. Im Kanton Aargau habe es nichts gebracht. Genau die gleichen Fraktionen, welche hier kommen und dies unterstützen wollen, genau diese sagen, sie wollen eine schlanke Verwaltung. Wer von uns kann überprüfen, ob die Aufwandschätzung auch stimmt? Es ist schwierig zu sagen, und dann muss es auch akzeptiert werden. Die Wirksamkeit davon ist gleich Null. Deshalb sehe ich keinen Grund, dass wir dies so machen sollen. Nur schon mit dem Vorstoss ist es fraglich, was es bringt, wenn es sogar in der Fraktion ausgiebig diskutiert wurde. Wo ist der Nutzen davon? Nur den Finger darauf halten, sie hätten so viele eingereicht? Dann kommt es auch noch auf die Qualität der Vorstösse an, welche man einreicht. Was bewirkt man damit? Will man eine Immobilienstrategie abtossen, will man andere Themen, strukturelle Lohndifferenzen anstossen? Bei solchen Themen könnte man eine Aufwandschätzung machen. Dann ist auch noch die Frage, welchem Departement der Vorstoss zugewiesen wird und in welcher Tiefe die Antwort erfolgt. In der Regel nimmt dies der Regierungsrat sehr ernst und gibt Antworten, womit man etwas tun kann. Ich unterstütze die Ablehnung der Motion.

Keiser-Fürrer Helen, Sarnen (CSP): Die CSP lehnt die Motion einstimmig ab. Es besteht aus unserer Sicht die Gefahr, dass man insbesondere dann, wenn einem das Thema eines Vorstosses nicht passt, mahndend mit dem Preisschild winkt. Das kann es nicht sein. Das Parlament ist kein wirtschaftliches Unternehmen. Ein

wichtiger Vorstoss, der im Interesse von Land und Leuten ist, kann sehr teuer sein. Ein Vorstoss, der weniger existentiell ist, kann sehr preiswert sein. Und jetzt? Uns erscheint diese Motion der FDP-Fraktion etwas «schulmeisterlich» und nicht im Sinne einer lebendigen Auseinandersetzung mit den verschiedensten politischen Themen. Das Parlament ist kein wirtschaftliches Unternehmen und auch nicht wie ein solches Unternehmen zu führen. Wir lehnen die Motion deshalb ab.

Matter Patrick, Alpnach (CVP/GLP-Mitte): Wenn ich Preisschild höre kommt mir Folgendes in den Sinn: Bevor ich Velomechaniker wurde, arbeitete ich bei der Maxon im Verkauf. Der Kunde fragte mich nach den Funktionen, nicht nach dem Preis. Denn das ist der Nutzen für den Kunden.

Wie vorher schon gesagt wurde, kann man über Kosten nicht viel sagen. Nur was es bringt, ist schwer abzuschätzen. Wenn ich eine Kostenschätzung machen muss, muss ich den Finger in die Luft strecken und eine Annahme machen? Andererseits verstehe ich das Anliegen. Ich bin kein Freund von Beschäftigungstherapie, so dass man Vorstösse eingibt und vorne nichts herauskommt oder nur einen kleinen Nutzen hat. Aber das ist eigentlich die Aufgabe des Parlamentariers und der Fraktion, dies zu steuern. Dazu brauchen wir kein Werkzeug, womit wir den Regierungsrat und die Verwaltung beschäftigen.

Ich werde die Motion ablehnen.

Schlussabstimmung: Mit 28 zu 24 Stimmen (bei 1 Enthaltung) wird die Motion betreffend Aufwandschätzung der Verwaltung bei parlamentarischen Vorstössen abgelehnt.

54.22.07

Interpellation betreffend Auswirkungen - Referendum Objektkredit Sanierung und Erweiterung der Psychiatrie Sarnen.

Eingereicht am 19. Mai 2022 von Kantonsrat Daniel Windisch, Giswil, und 29 Mitunterzeichnenden.

Windisch Daniel, Giswil (CSP): Die Antwort des Regierungsrats spricht für sich. Sie zeigt klar auf, dass es absolut unrealistisch ist, dass wir die Psychiatriegebäude kurzerhand aus dem Denkmalschutz entlassen und kurzum einen günstigeren Neubau realisieren.

1. Ein Stopp führt im vorliegenden Sanierungsprojekt, auch im allerbesten Fall, zu massiven Verzögerungen. Für die Luzerner Psychiatrie (lups) ist keine geeignete Infrastruktur vorhanden. Dies kann dazu führen, dass der Psychiatriestandort Sarnen in Gefahr ist.

2. Ein Stopp führt im vorliegenden Sanierungsprojekt auch im allerbesten Fall zu grossen Mehrkosten. Nicht nur 1,6 Millionen Franken Planungskosten lösen sich in Luft auf, auch ist mit Teuerungskosten, Verfahrenskosten und entgangenen Mieterträgen in der Höhe von mehreren Millionen Franken zu rechnen.
3. Ein allfälliger Neubau mit einer wünschenswerten Solaranlage auf dem Dach führt zu einer schlechteren Energiebilanz als die Sanierung. Denn der Abbruch, die Entsorgung und der Neubau weisen offensichtlich eine schlechtere CO²-Bilanz aus, als wenn man im Sanierungsfall einen bedeutenden Teil der Gebäudesubstanz nachnutzen kann.

Ich fasse zusammen: Wir gehen ein grosses Risiko ein, dass wir den Psychiatriestandort Sarnen verlieren. Damit schwächen wir den Spitalstandort Sarnen massiv, welcher von der Zusammenarbeit mit der Psychiatrie profitiert. Wir geben bei einem Neubau mehr Geld aus und verursachen eine schlechtere Energiebilanz.

Weiter predigen wir als Kanton den privaten Eigentümern, dass Sie ihre denkmalgeschützten Gebäude nicht ersetzen, sondern sanieren müssen, und wir selber sehen darüber hinweg?

Ich persönlich würde es schätzen, wenn wir als Kanton stetig eine Vorbildfunktion übernehmen und das konstant und nicht nur bei einzelnen Solardächern als Vorbild dastehen wollen. Der Bericht spricht für sich. Darum verlange ich keine Diskussion.

Denn Diskutieren hätten wir an der Kantonsratssitzung vom

- 8. September 2016 müssen, als wir den Zusammenarbeitsvereinbarung mit der lups mit 42 zu 1 Stimmen befürwortet haben.
- 25. Mai 2018 müssen, als mit 52 zu 0 Stimmen das Psychiatriegebäude unter Schutz gestellt wurde.
- 28. Januar 2021 müssen, als wir an der Kantonsratssitzung mit 54 zu 0 Stimmen den Planungskredit gesprochen haben.
- 18 März 2021 müssen, als wir die Immobilienstrategie zur Kenntnis genommen haben.

Der Psychiatriestandort Sarnen ist wichtig für den Kanton Obwalden und für den Spitalstandort Sarnen. Ich danke Ihnen für den Einsatz für das bereitliegende Sanierungsprojekt.

Hess Josef, Landstatthalter (parteilos): Der Interpellant hat auf die wesentlichen Inhalte der Antwort des Regierungsrats hingewiesen. Leider, und da geht es nicht um Schwarzmalerei, es geht auch nicht darum, dass fehlender Wille einen Weg verbaut. Leider müssen wir davon ausgehen, dass ein Neubau tatsächlich viel mehr Zeit in Anspruch nehmen würde als das vorliegende baureife Sanierungsprojekt. Wenn wir die Zustimmung zum Kredit haben, müssen wir nur noch die

Unterschriften unter die Pläne setzen und können das Baugesuch einreichen.

Es ist dargelegt, dass das Objekt nicht nur unter dem Denkmalschutz des Kantons liegt, sondern auch im Inventar der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung (ISOS). Es wird ein zweistufiges Verfahren notwendig sein, um das Objekt aus dem Denkmalschutz zu entlassen und einen Neubau zu planen. Wir haben dies in ziemlicher Ausführlichkeit in der Interpellationsantwort auch dargelegt. Wenn wir zum Schluss kommen, dass ein Neubau erst 2031 realisiert werden könnte, dann ist das durchaus eine realistische, eher sogar optimistische Prognose.

Dann kommt die Auswirkung auf die Luzerner Psychiatrie (lups). Auch dies wurde angesprochen. Für eine Aufrechterhaltung des stationären Betriebs dauert es zu lange, wenn es bis 2031 dauern würde. Die lups möchte ihren Verpflichtungen nachkommen, welche sie in der Zusammenarbeitsvereinbarung eingegangen ist. Die lups sagt aber auch, dass sie sich einen stationären Betrieb in dem heutigen unsanierten Gebäude höchstens noch zwei bis drei Jahre vorstellen und zumuten können für die Patientinnen und Patienten, auch für die Mitarbeitenden wird es zunehmend schwieriger. Sogar beim Baudirektor treffen hie und da wieder gefrustete E-Mails der Mitarbeitenden und der Leitung der lups am Standort Sarnen ein, in denen man sich über die Verhältnisse beschwert. Es sei für die Patienten bald eine Verschlimmerung des Umfelds, wenn sie sich hier behandeln lassen müssten, als wenn Sie nicht hierhin kämen. Dass wir diesen Zuständen eine Abhilfe schaffen müssen, ist dringend und ist die vertragliche Verpflichtung für den Kanton Obwalden. Das gleiche gilt übrigens für die Übergangslösung in der Unterkunft Freiteil. Diese Übergangslösung ist nicht eingerichtet für fünf, zehn oder noch mehr Jahre, sondern für den Zeitraum während der Sanierung der heutigen Gebäude. Die lups wird sich, wenn es länger als zwei bis drei Jahre dauert, Gedanken machen, was sie mit ihrem stationären Betrieb im Kanton Obwalden unternehmen will. Da kein Betrieb im Kanton Obwalden als Alternative zur Verfügung steht ist davon auszugehen, dass die lups andernorts nach Alternativen suchen wird. Ich spreche insbesondere vom stationären Betrieb. Aus unserer Sicht hat dies nicht nur Auswirkungen auf die psychiatrische Versorgung im Kanton Obwalden. Es hat auch Auswirkungen auf den Spitalstandort. Es besteht bereits jetzt eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Kantonsspital und der Psychiatrie in Sarnen. Ich glaube, es hat auch Auswirkungen auf die zurzeit laufenden Abklärungen und Verhandlungen betreffend Versorgungsstrategie im Akutbereich. Da sprechen wir mit den gleichen Kantonen. Vielleicht nicht mit denselben Köpfen, aber wir sprechen mit denselben Kantonen über eine Verbundlösung. Ich glaube nicht, dass eine solche Entwicklung

in der Psychiatrie bei dieser Verbundlösung zuträglich wäre.

Wir legen auch dar, dass ein Neubau auch aus technischer Sicht, im Vergleich zum heute vorliegenden Sanierungsfall, keine wesentlichen Vorteile bringt. Die Kosten sind vergleichbar hoch. Es wird teilweise gesagt, dass noch ganz viel zum Vorschein kommen werde und man noch mit bedeutend mehr Kosten zu rechnen sei. Ich halte fest: Wir haben in den letzten Monaten und Jahren sehr viel in die baulichen Abklärungen gesteckt. Wir haben sehr viel Handlungsbedarf entdeckt, welcher zu einer sehr ungünstigen und sehr schwierigen Kostenentwicklung geführt hat. Wir sind der Hoffnung und klaren Auffassung, dass wir das Allermeiste entdeckt haben. Es wird auch gesagt, dass ein Neubau im Hinblick auf eine spätere Nutzung unflexibel sei, wenn die Psychiatrie einmal auf die Idee komme, das Gebäude zu verlassen. Ich kann sie beruhigen: Wenn Sie die Pläne studiert haben, sehen sie. Das Projekt ist durchaus auch mit Potenzial für Flexibilität ausgestattet. Es ist optimal erschlossen. Sie könnten einen Neubau nicht besser erschliessen, sowohl vertikal beim Treppenhaus als auch seitlich mit den Gängen. Das Tragwerkskonzept, welches uns so viel kostet, sieht eine Lastabtragung entlang den Gängen und Aussenwänden vor, welche mit einem zusätzlichen Tragwerkskonzept ergänzt werden müssen. Dazwischen sind nichttragende Wände. Diese können Sie nach Belieben umplatzieren, ohne dass sie in die Statik und Konzeption eingreifen müssen. Sie könnten zum Beispiel entlang der Gänge Grossraumbüros machen von vorne bis hinten, ohne dass sie die ganze Statik verändern müssten. Wenn irgendeine künftige Nutzung dies notwendig machen würde. Ich erinnere noch einmal daran, in der Debatte haben wir gesagt, dass wir einen Mietvertrag auf 30 Jahre fest zugesichert haben, plus die Option für drei Mal fünf Jahre Verlängerung mit der lups. Ich denke, dies ist eine recht langfristige Nutzungsperspektive. Ich habe Ihnen damals den «Return on Invest» erklärt, welcher ermöglicht würde.

Es wurde erwähnt, dass auf einem solchen Altbau keine Solaranlage gebaut werden könne. Das kann man, die Frage ist nur, ob es jetzt wirtschaftlich wäre, auf ein solches Psychiatriegebäude mit der feingliedrigen Dachstruktur zuerst eine Solaranlage zu installieren. Wir werden, das konnten Sie im Energiekonzept nachlesen, bis 2035 auf 80 Prozent der kantonalen Gebäude Solaranlagen installieren. Da könnte das Psychiatriegebäude plötzlich zu den 80 Prozent dazugehören. Auch auf dem Psychiatriegebäude ist eine Solaranlage möglich, der Denkmalpfleger sagt nicht, es sei nicht möglich. Es steht aber aus wirtschaftlicher Optik nicht im Vordergrund.

Kantonsrat Hubert Schumacher verlangt eine Diskussion.

Schluss der Sitzung: 12.18 Uhr.

Abstimmung: Mit 37 zu 14 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) wird der Antrag auf Diskussion abgelehnt.

Im Namen des Kantonsrats

Neueingänge

Kantonsratspräsidentin:

54.22.09

Interpellation betreffend hausärztliche Versorgungslage im Kanton Obwalden

Eingereicht von Kantonsrätin Helen Keiser-Fürrer, Sarnen, und 30 Mitunterzeichnenden.

Regula Gerig-Bucher

Ratssekretär:

54.22.10

Interpellation betreffend Durchgangsbahnhof Luzern

Eingereicht von Dominik Imfeld, Sarnen, und 21 Mitunterzeichnenden.

Beat Hug

Das vorstehende Protokoll vom 1. Juli 2022 wurde von der Ratsleitung des Kantonsrats an ihrer Sitzung vom 27. Oktober 2022 genehmigt.

54.22.11

Interpellation betreffend Stärkung der regionalen Standortförderung - Stopp dem «Brain-drain» - zu viele gute Köpfe und Hände wandern ab!

Eingereicht von Kantonsrat Peter Wild, Engelberg, und 18 Mitunterzeichnenden.

Schlussbemerkungen

Ratspräsidentin Gerig-Bucher Regula, Alpnach (CSP): Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 27. Oktober 2022 in Engelberg statt. Alle Ratsmitglieder sind angehalten den 15. September 2022 nach wie vor freizuhalten, sollte widererwarten doch noch eine Kantonsratssitzung nötig sein. Die Nachmeldung eines dringlichen Geschäfts durch den Regierungsrat bleibt vorbehalten. Sie werden vom Ratssekretariat, respektive von ihrem Fraktionspräsidium entsprechend informiert.

Ich danke Ihnen für die konstruktive Sitzung und das gemeinsame an einem Strick ziehen. Speziell hat mich gefreut, dass schon einige der neugewählten Kantonsratsmitglieder das Wort ergriffen haben.

Ich freue mich heute Abend an meiner Wahlfeier in Alpnach mit Ihnen anstossen zu können. Das Volksapéro findet auf dem Innenhof der Schule statt.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Sommer- und Ferienzeit. Bleiben Sie gesund.

